

**Das Abonnement**  
auf des mit Ausnahme der  
Sonntage täglich erscheinende  
Blatt beträgt vierteljährlich  
für die Stadt Posen 1 1/2 Sgr.  
für ganz Preußen 1 Sgr.  
24 1/2 Sgr.  
**Bestellungen**  
nehmen alle Postanstalten des  
In- und Auslandes an.

# Posener Zeitung.

**Suprate**  
1 1/4 Sgr. für die fünfgespal-  
tene Zeile oder deren Raum,  
Reklamen verhältnismäßig  
höher, sind an die Expedi-  
tion zu richten und werden  
für die an demselben Tage er-  
scheinende Nummer nur bis  
10 Uhr Vormittags an-  
genommen.

## Amtliches.

Berlin, 22. November. Se. Majestät der König haben Allergnädigst geruht: Dem Staats-, Kriegs- und Marine-Minister, General-Lieutenant von Moos, das Großkreuz des Rothen Adlerordens mit Eichenlaub und Schwertern am Ringe zu verleihen.  
Se. Majestät der König haben Allergnädigst geruht: Den bisherigen Regierungsrath bei der Regierung zu Merseburg, Hermann Emil August Meißner, zum Geheimen Ober-Rechnungsrath und vortragenden Rath bei der Ober-Rechnungskammer; und den Landgerichts-Assessor Crome in Düsseldorf zum Staats-Procurator in Köln zu ernennen.

## Telegramme der Posener Zeitung.

Wien, 22. November, Nachmitt. In der heutigen Sitzung des Herrenhauses trat man in die Adressdebatte ein. Graf Auerberg wünscht, in den Passus betreffend Ungarn, die Bereitwilligkeit des Herrenhauses zum Entgegenkommen und zur Mitwirkung besonders betont zu sehen. Der Redner ist mit der Politik der Regierung in Bezug auf Deutschland und die Herzogthümer nicht einverstanden und rath zur Vorsicht beim Zusammengehen mit Preußen.

Graf Rechberg verteidigte seine äußere Politik gegen die erhobenen Angriffe und sagte unter Anderem: Die deutschen Mittelstaaten fahren fort in Oesterreich ihren Hört zu suchen; jede österreichische Regierung wird an diesem Bündnisse festhalten. Das Verhältniß zwischen Oesterreich und Preußen berührend, erklärte Rechberg: Oesterreich bedarf ebenso sehr der Allianz Preußens, wie Preußen jener Oesterreichs; früher war diese Ansicht leider nicht geltend. Die Folge davon war für Oesterreich der Feldzug im Jahre 1859, für Preußen der Verlust Neuenburgs und der Verlust seiner Bedeutung als Großmacht, für Deutschland endlich seine Streichung aus der Liste der Großmächte. Alles dies, sagte Rechberg schließlich, zeigte die Nothwendigkeit des Zusammengehens Preußens, Oesterreichs und aller deutschen Regierungen. Er erkenne aber dabei nicht, daß ein Zusammengehen mit Preußen nur auf dem Boden des deutschen Bundes und des Rechtes möglich sei.

Schließlich wurde der Entwurf zur Adresse nach dem Antrage der Kommission angenommen.

Wien, 22. November, Abends. Die heutige „Generalcorrespondenz aus Oesterreich“ bezeichnet die Mittheilung preussischer Blätter, daß Oesterreich sich der angeblichen Anschauung Preußens, wonach das fernere Verbleiben der Bundesstruppen in Holstein und Lauenburg überflüssig geworden sei, angeschlossen habe, als jeder Begründung entbehrend.

Kiel, 22. November, Nachmittags. Die Dampfkorvette „Augusta“ und das Kanonenboot „Basilius“ sind heute Nachmittags 4 Uhr aus Cuxhaven hier eingetroffen.

München, 22. November, Abends. Der Bischof von Speyer hat in der Angelegenheit, betreffend die Errichtung einer theologischen Lehranstalt in Speyer, gegen die inhibirende Verfügung des Kultusministers Recurs an den König eingelegt, ist von demselben aber abschlägig beschieden worden, da, wie es in diesem Bescheide heißt, das Vorgehen des Ministers den Grundsätzen der Landesverfassung vollständig entspreche. Da ein weiterer Grund zum Aufschube der getroffenen Maßregeln nicht vorliegt, so wird die Lehranstalt definitiv geschlossen werden.

## Deutschland.

**Preußen.** — Berlin, 22. Novbr. Manche Zeitungen sind erbaut von der großen Genugthuung, welche den Hannoveranern gegeben wurde, indem sie wieder nach Neudorf zurückkehrten, und betonen den Widerspruch, in dem dies gegen die früher ausgesprochenen Ansichten der Regierung stehe. In der bekannten Rendsburger Affaire hatte, wie Jeder weiß, kein Mensch die Hannoveraner geradezu verdrängt, vertrieben oder auch nur zum Gehen aufgefordert; General Fale hatte freiwillig den Befehl zur Räumung der Stadt ertheilt. Von Anfang an haben wir erklärt, es hindere Niemand die hannoverschen Truppen, wieder zurückzukehren, und wenn es nun geschieht, so ist das eben in keiner Weise ein Widerspruch gegen früher oder eine Genugthuung, zu der Preußen auch nicht die geringste Veranlassung hat, da keine Verleumdung vorangegangen. —

Im Uebrigen kann ich Ihnen heute nur noch eine Beschreibung des Friedens-Dokuments geben, wie sie Preußen an Oesterreich und Dänemark, dieses an die beiden andern und Oesterreich auch an die zwei andern gegeben hat, so daß jedes doppelt ausgefertigt worden. Das österreichische Exemplar ist in rothem Sammet mit gepreßten Verzierungen eingebunden; auf der Mitte des vordern Deckels befindet sich ein goldener Doppeladler in erhabener Arbeit. Dieser Band liegt in einer Mappe von grünem gepreßtem Saffian und das Ganze in einem Kasten von schwarzem Saffian. Eingebunden ist der Band mit einem schwarzen

und gelben Moirée-Bande. Die Ratifications-Urkunde ist in lateinischer Sprache abgefaßt, (wie auch alle in der österreichischen Gesesamlung publicirten Gesetze eine lateinische Eingangsformel haben, ein aus dem alten römischen Reich übergegangener Gebrauch) und auf der ersten Seite mit Goldschrift geschrieben. Der Vertrag selbst ist schwarz geschrieben, nur die Eigennamen und die Köpfe der Artikel in Goldschrift. Jedes Blatt ist von Goldlinien eingefast. Am Schluß befindet sich das große Reichsiegel, 6 Zoll im Durchmesser, in einer goldenen Kapfel mit dem Reichsadler in erhabener Arbeit eingeschlossen; angehängt ist dieselbe an eine doppelte goldene Schnur mit goldenen Troddeln, die inwendig schwarz sind.

Das dänische Exemplar ist viel bescheidener, kleiner, steckt in einem einfachen rothen Saffiantasten und einem Einband von rothem Sammet mit dem Bande des Danebrog-Ordens zugebunden, also mit einem weißen Moirée- und rothem Bande; diesem Friedensinstrument liegt das Protokoll der Auswechslung der Ratifikationen bei, von Hrn. v. Werther, v. Mensdorff und Bille unterzeichnet. Die Ratifikation selbst ist in dänischer Sprache abgefaßt, und eine französische Uebersetzung beigelegt. Das Ganze ist mit einer goldenen Ponceau-Schnur geheftet, an der sich auch goldene Troddeln mit Ponceaukern befinden, mit einem Siegel, das nur 3—4 Zoll groß ist. Dieses Siegel ruht in einer silbernen Kapfel mit einem vergoldeten dänischen Wappen.

Das preussische Friedensdokument ist ganz so wie das österreichische hergerichtet, eingebunden und geschrieben, nur daß sich natürlich auf dem oberen Deckel der preussische Adler befindet, und daß die Bänder zum Zubinden das eine schwarz, das andere weiß, sind. Die Siegelschnur besteht aus schwarz und Silber, das Siegel steckt in einer silbernen Kapfel, mit einem goldenen Adler in erhabener Arbeit.

Daß Prinz Friedrich von Hessen bei dem Bundestag Ansprüche auf Lauenburg angemeldet, haben wir schon berichtet. Auch der Herzog von Meiningen geht mit dem Gedanken um, die Ansprüche der älteren Albertinischen Linie geltend zu machen. In Bezug hierauf, meint die „N. A. Z.“ darf wohl einfach darauf aufmerksam gemacht werden, daß, nach einem allgemein gültigen völkerrechtlichen Grundsatz, in Bezug auf die durch Krieg eroberten und durch Friedensschluß abgetretenen Länder alle älteren, aus speciellen Rechtstiteln originirenden Erbansprüche erlöschen, wenn sie nicht im Friedensinstrument ausdrücklich vorbehalten sind, daß daher auch im gegenwärtigen Falle jene auf alte Lehnverwandtschaften und Erbverträge gestützten Ansprüche längst hinfällig geworden sind, und zwar nicht erst jetzt durch den gegenwärtigen Friedensschluß, sondern schon durch den Anfall des Herzogthums Lauenburg an Dänemark.

Ueber den Rückmarsch der preussischen Truppen aus Jütland wird berichtet, daß am 24. d. Mts. die schleswigsche Grenze bereits vom letzten Echelon erreicht sein und dies am 30. bei Flensburg eintreffen wird. Die Gardetruppen werden am 26., 27., 28. und 29. d. Mts. mittelst der Nordschleswigschen Eisenbahn nach Altona und von da Tags darauf nach Berlin befördert werden. Die übrigen Truppen werden, je nach dem Eintreffen der Abtheilungen unter Benutzung der Eisenbahn in die Heimath befördert werden. Der Empfang der rückkehrenden Truppen ist sowohl in den Herzogthümern, als auch in Hamburg, Mecklenburg u. ein überaus herzlich.

Breslau, 21. November. [Stadtverordneten-Wahlen.] Bei den heute abgehaltenen Wahlen in der dritten Abtheilung wurden zu Stadtverordneten gewählt und zwar für den 19. Wahlbezirk: Divisionsprediger Dr. Rhode, mit 65 Stimmen für den 20.: Rfm. A. Hübner, mit 97 Stimmen von 99; für den 23.: Rfm. H. Joachimsohn: (einstimmig mit 55 Stimmen) für den 24.: Honigkuchenfabrikant Berger (mit 71 gegen 3 Stimmen für Rfm. Ed. Groß); für den 26.: Rfm. Hofferichter (mit 78 von 90 Stimmen); für den 29.: Rfm. Krug jun. (mit 61 gegen 35 Stimmen für Partikular Burghardt); für den 30.: Rfm. Samosch (mit 95 von 101 Stimmen); für den 31.: Zimmermeister Rogge (mit 171 gegen 26 für Glasmaier Seiler); für den 32.: Bäckermeister Ludwig (mit 138 Stimmen gegen 2 Stimmen für Posthalter Kother); für den 34. Wahlbezirk: Dr. phil. Weiss (mit 132 gegen 21 für Fabrikbesitzer Korn). Es zählte Bezirk 19 = 227, Wähler, Bez. 20 = 217, Bez. 23 = 163, Bez. 24 = 244, Bez. 26 = 252, Bez. 29 = 297, Bez. 30 = 386, Bez. 31 = 578, Bez. 32 = 390, Bez. 34 = 493, die zehn Bezirke zusammen also 3247 Wähler. Die verhältnismäßig stärkste Theilnahme hat im 20. Wahlbezirk stattgefunden. Hier erschienen von 217 Stimmberechtigten 99 oder 45,6 pCt. Am schwächsten dagegen betheilte sich der 30. Bezirk, in welchem von 386 Wählern nur 101, oder 26,1 pCt. ihre Stimme abgaben. (Schl. Z.)

[Militärisches.] Aus sicherer Quelle geht uns die Nachricht zu, daß am 29. d. M. des 3. Garde-Grenadier-Regiment (Königin Elisabeth) vor Sr. Majestät dem Könige in Berlin Parade haben und an demselben Tage von seinem Chef, Ihrer Majestät der Königin-Wittve, in Charlottenburg bewirthet werden wird. Die Ankunft des Regiments in seiner früheren Garnison wird hiernach in künftiger Woche erfolgen.

Minden, 20. November. Heute Nachmittags und am Abend ist, wie der „Köln. Ztg.“ geschrieben wird, das 15. Regiment, vom Kriegsschauplatz zurückkehrend, unter dem Jubel der von nah und fern zahlreich herbeigeströmten Menge in unsere mit Kränzen geschmückte und reich illuminierte Stadt eingezogen. Nachdem im Laufe dieser Woche die übrigen Truppentheile der 13. Division sich hier und in der Umgegend werden gesammelt haben, wird Se. Majestät der König wahrscheinlich am 26. eine Heerschau auf der Haide bei Minden abhalten. Für die Bewirthung der Soldaten hat die Stadt 800 Thlr. bewilligt; für eine zum Willkommen der Officiere zu veranstaltende Festivität sind von den Kreisständen 1000 Thlr. bestimmt worden.

## Frankreich.

Paris, 23. November. Zwei jüngst ernannte Bischöfe, die von Chalons und Perpignan, haben beim Papste um die Bestätigung ange-

halten, aber nur der erstgenannte hat sie erhalten, letzterem wird sie verweigert, weil er sich nicht klar genug über die Unfehlbarkeit des Papstes ausgesprochen habe. — Hausmann ist angeblich vom Kaiser in den Grafenstand erhoben worden. Die öffentlichen Bauten sollen trotz des immer fühlbarer werdenden Geldmangels fortgesetzt werden; die Rue de la Chaussee d'Antin gegenüber der Rue Neuve des Mathurins soll nun auch niedriger liegen. — Heute Abend geben die Officiere der Pariser Garnison ihren aus Mexiko zurückgekehrten Kameraden ein Bankett. Bei dieser Gelegenheit versichert man, daß die französischen Truppen, die den Feldzug in Mexiko mitgemacht, nach ihrer Rückkehr einen feierlichen Einzug in Paris halten werden. — Die schon so lange streitige Rechtsfrage, ob ein aus dem Priesterstande ausgetretener oder ausgestoßener katholischer Geistlicher das Recht hat, nach französischem Gesetz eine Civilehe eingehen zu können, ist in der letzten Zeit mehrmals in verneinendem Sinne entschieden worden. Es wird nun nächstens ein Fall zur Verhandlung kommen, in welchem die Rechtsfrage von der andern Seite angefaßt wird. Wie der „Messager du Midi“ meldet, beruft sich jetzt ein ehemaliger Priester, der durch einen gefälligen Bürgermeister in aller Form bürgerlich verheirathet worden ist, auf die ihm durch die Priesterweihe unverwundbar ertheilte sakramentalische Eigenschaft, um die von ihm eingegangene Ehe auflösen zu lassen.

Der „Moniteur“ meldet, daß einem dem Marineminister zugegangenen Bericht zufolge der Orkan, der bekanntlich Kallutta so schrecklich verwüstet hat, auch in der Stadt Chanderagor entsetzliche Verheerungen angerichtet hat. Die in Stein gebauten Häuser haben stark gelitten; das Regierungshôtel hat geräumt werden müssen und man hat nur einen Theil der Archive retten können. In der Umgegend der Stadt sind fast alle Bäume entwurzelt; eine Menge mit Reis beladene Boote sind untergegangen.

In seinem nichtamtlichen Theile giebt der „Moniteur“ einen ausführlichen Bericht der Feierlichkeit, welche am 25. Oktober in Sebastopol stattgefunden hat, bei der Aufnahme der sterblichen Reste der Generale Brunet, Breton, de Lavarande, de Pontevés, de Saint-Pol und Perrin de Jonquières in das auf dem dort für die im Krimkriege gefallenen Franzosen eingerichteten Friedhöfe erbaute Mausoleum. Die Ceremonie begann unter Leitung des Genie-Kapitän's Bézard-Falgas, der mit der Einrichtung des Friedhofes betraut worden war, um 10 Uhr Morgens. Die russischen Besatzungs-Truppen von Sebastopol erzeigten den sterblichen Ueberresten der gefallenen französischen Generale und Offiziere die letzten Honneurs und ein katholischer Priester, der Vater Simon, der von Simpheropol gerufen worden war, leitete den religiösen Theil der Feierlichkeit.

Das „Memorial Diplomatique“ ist durch seine Wiener Correspondenten in den Stand gesetzt, über das Programm des Grafen Mensdorff-Pouilly genauere Mittheilungen machen zu können. Dieses Programm, das nach den Versicherungen des Memorial in dem ganzen Cabinet definitiv festgestellt und von dem Kaiser genehmigt worden ist, nimmt als unwandelbare Grundlage die Bemühungen der kaiserlichen Diplomatie für Beibehaltung des allgemeinen Friedens an. „Zu diesem Zwecke wird sich Oesterreich nicht allein jedes aggressiven Altes enthalten, sondern sich auch streng auf das Defensiv-System beschränken, damit auch nicht der geringste Verdacht irgend eines Hintergedankens auf sein Benehmen fallen möge. In etwa auftauchenden Fragen wird es all den vernünftlichen Sinn bewahren, der mit der Wahrung seiner Ehre und seiner unabwiesbaren Interessen vereinbar ist. Von den allgemeinen Prinzipien auf deren Anwendung im Besonderen übergehend, wird die österreichische Politik darauf bedacht sein, gemeinsam mit Preußen die schleunige Regelung der Erbfolge in den von Dänemark abgetretenen Herzogthümern zu bewirken. Graf Mensdorff-Pouilly ist der Ansicht, daß die beste Lösung in der Berücksichtigung der Sympathien bestehe, welche sich in allen Bundesstaaten für den Herzog von Augustenburg kundgeben und den Wünschen der Herzogthümer selbst entsprechen, deren förmliche Zustimmung durch ein von der geselligen Landesvertretung ausgehendes Votum eingeholt werden muß. Eine vorherige Verständigung zwischen den beiden Mächten, welche den Krieg geführt, kann nur den glücklichen Ausgang dieser Frage beschleunigen. Was die Konvention vom 15. Sept. anbelangt, so gestattet die Unterschrift Frankreichs unter diesem Akte dem österreichischen Kabinett, weder die Aufrichtigkeit der unausgesetzten Beihaltungen des Kaiserhofes zu Gunsten des päpstlichen Stuhles in Zweifel zu ziehen, noch zum Voraus über die loyale Ausführung der zwischen Frankreich und Italien getroffenen Uebereinkunft aburtheilen zu wollen. Weit entfernt, die Schwierigkeiten einer schon hinlänglich ernsten Lage vermehren zu wollen, wird Oesterreich stets geneigt sein, sowie sich ihm die Gelegenheit darbieten wird, Rathschläge der Klugheit und Mäßigung zur Geltung zu bringen, um die Wege zur Erreichung des mit Unterzeichnung der fraglichen Konvention von Napoleon III. angestrebten Zieles zu ebnen. Jeder Gedanke eines Angriffes auf Italien bleibt der gegenwärtigen Politik Oesterreichs fern. Das Ministerium Schmerling-Mensdorff wird also das Entwaffnungs-System in ausgedehntem Maaße fortsetzen, trotz der verdoppelten Hegeleien der in Turin sich aufhaltenden Revolutions-Komite's, welche unablässig den Kriegsbrand in Venetien anzufachen bemüht sind. Um für seine eigentliche Gesinnung gegen Italien Zeugniß abzulegen, erklärt sich das Wiener Kabinett bereit, die Handelsbeziehungen zwischen beiden Ländern zu ordnen und fester zu knüpfen. Die fortschreitende Besserung der gegenseitigen Beziehungen wird namentlich von der Art und Weise abhängen, wie die Regierung Victor Emanuels die Konvention vom 15. Septbr. zur Ausführung bringen wird. Sein Verhalten gegenüber dem päpstlichen Stuhle wird als Prüfstein dienen, um festzustellen, bis zu welchem Punkte er fortan sich nach den Verpflichtungen richten wird, welche das Völkerrecht ernstlich ausgeföhnt und in den normalen Bedingungen einer guten Nachbarschaft zu leben begehrenden Gränzstaaten auferlegt. Im Interesse Deutschlands kann nichts wünschenswerther sein, als ein vollkommenes Einverständnis zwischen



Oesterreich und Preußen, allein nur unter der Bedingung, daß dieses Einverständnis auf dem Princip der Solidarität der allen deutschen Staaten durch die Bundesakte garantierten Rechte beruhe. Ein zu inniges oder vielmehr ausschließliches Einverständnis der beiden Großmächte würde, weit entfernt, die lebenskräftigen Elemente des gemeinsamen Vaterlandes zu mehren, nur zu deren Schwächung beitragen. Daraus folgt, daß die Beibehaltung dieser Allianz von beiden Seiten nur die strikte Erfüllung der Bundespflichten erfordert. Dabei darf man sich aber nicht verhehlen, daß die Bundesakte eine bedauerliche Lücke in dem Mangel einer Vertretung Deutschlands als europäische Großmacht darbietet. Oesterreich, das im vergangenen Jahre diese Lücke auszufüllen versucht hatte, wird sich dieser Aufgabe auch fernerhin mit verdoppelter Anstrengung widmen. Die Reform der während eines halben Jahrhunderts unverändert gebliebenen Bundesakte entspricht einer der dringlichsten Nothwendigkeiten. Um sie zu Stande zu bringen, zählt das Ministerium Schmerling-Mensdorff auf den aufgeklärten Patriotismus aller Bundesstaaten, zunächst auf die lokale, aufrichtige Mitwirkung Preußens. Politische Allianzen bewähren sich heutzutage in der entscheidenden Probe der Ereignisse nur in so weit, als sie durch die gegenseitigen Interessen der Völker zusammengeführt sind. Nur dadurch, daß man die Beziehungen erleichtert, den Austausch vervielfältigt, den Handelsverkehr neu belebt, verbindet man die Völker durch unauflösbare Bande mit einander. Es ist deshalb ein neuer Zolltarif ausgearbeitet worden, in welchem die liberalen Ideen der modernen Volkswirtschaft vorherrschen und der die bevorstehenden Unterhandlungen behufs des Eintrittes von Oesterreich in den Zollverein mit dem Berliner Hofe wesentlich fördern wird. Unabhängig von diesen Unterhandlungen wird Graf Mensdorff-Pouilly darauf ausgehen, die Handelsbeziehungen Oesterreichs mit den fremden Ländern im Allgemeinen, mit den Bestmächten im Besonderen fester zu knüpfen. Die diplomatischen Agenten Sr. apostolischen Majestät haben officielle Mittheilung des neuen Zolltarifs erhalten, und es soll derselbe als Basis für den Abschluß von Handelsverträgen mit den betreffenden Regierungen dienen. Es sind diese Agenten darum auch beauftragt, über die Dispositionen der Regierungen, bei welchen sie beglaubigt sind, sich Auskunft zu verschaffen und nach Wien zu berichten, so wie die Zeit es zweckmäßig erscheinen läßt, förmliche Unterhandlungen zu eröffnen. Dies ist, wie Herr Chevalier Debrauz versichert, das Programm, welches der Nachfolger des Grafen Rechberg bei seinem Eintritt in das Ministerium Schmerling sich vorgezeichnet hat und dessen Wichtigkeit, sobald man einmal von seiner Echtheit überzeugt sein wird, allgemein einleuchtend sein muß. (S. die Wiener Dep.)

### Schweiz.

Bern, 19. November. In den letzten Tagen hat der Bundesrath das Budget für 1865 durchberathen. Die Einnahmen der Eidgenossenschaft betragen in diesem Jahre im Ganzen 18,763,000 Fr., von welcher Summe als Hauptposten 8,000,000 Fr. auf die Zollverwaltung und 8,390,000 auf die Postverwaltung fallen. Die Ausgaben im Jahre 1865 sind auf 19,903,000 veranschlagt, so daß also das muthmaßliche Defizit 1,140,000 Fr. betragen wird. Dieses Defizit erklärt sich durch verschiedene außerordentliche Ausgaben, wie 300,000 Fr. für einen Truppeneinsatz, 260,000 Fr. für die Alpen-Militärstraßen 900,000 Fr. für Infanterie-Gewehre und Artillerie-Umänderung und 632,000 Franken für die Rhein- und Rhone-Korrektion. (R. Z.)

### Italien.

Der Aufstand in Venetien ist, wenn die „France“ gut unterrichtet ist, im Steigen. Durch die Sprengung der Brücke über die Brenta, über welche die Bahn von Verona nach Udine führt, ist der Verkehr zwischen beiden Städten unterbrochen und der Wasserstand der Flüsse und Bäche ist so hoch, daß die Herstellung schwer hält. Auch an der Brücke des Tagliamento wurde ein solcher Sprengungsversuch gemacht, den österreichischen Truppen gelang es jedoch noch rechtzeitig, die Insurgenten mit Uebermacht anzugreifen und zurückzuschlagen. Die „France“ ist der Ansicht, daß der Aufstand in Friaul noch lange sich halten und Oesterreich ernste Verlegenheiten bereiten könne, da das Land zu einem Partisanenkriege so trefflich eingerichtet sei, wie Litthauen.

Die „Gazetta di Milano“ vom 18. November zeigt an, daß nächstens in Mailand ein Meeting abgehalten werden soll zur Unterstützung der Insurgenten in Venetien. Dasselbe wird im Theater de la Stradera unter dem Präsidium des Deputirten de Boni stattfinden. In Parma sollte gleichfalls am Sonntag ein ähnliches Meeting unter Vorsitz des Herrn Bertani stattfinden. Herr Campanella wird demselben beizuwohnen.

### Rußland und Polen.

Warschau, 16. November. [Die Stellung der Juden.] Der russische „Kiewlanin“, welcher schon wiederholt die Verhältnisse der Juden in Rußland besprochen hat, bringt abermals einen Artikel über die „Judenfrage“, der amtlichen Ursprunges sein soll. Diesmal bespricht der „Kiewlanin“ die Frage der gesetzlichen Domicilbeschränkungen, welche in Westrußland, d. i. in Litthauen, für die Juden noch bestehen. „Es ist doch sonderbar“, schreibt das Blatt, „daß, während man bemüht ist, dieses Land zu russificiren, und das polnische Element zu zersplittern, zugleich darauf hingearbeitet wird, das jüdische Element überall zusammenzubringen. Das Polenthum laßt auf der Landwirtschaft und das Judenthum auf dem Handel. Würde man aber dem letztern den Zutritt in das Kaiserreich gestatten, so würde es zerfließen wie ein Tropfen im Meere. Das Einschließen der Juden in den westlichen Provinzen ist eine ganz unnatürliche Erscheinung. So eben hat man sie zum Theile aus den Städten verwiesen, dagegen hat man ihnen das flache Land preisgegeben, wo sie von allen Staatsangehörigen Rußlands jetzt noch die Einzigen an die Scholle gebunden sind.“ — Diese Aeußerungen in einem Regierungsblatte führen auf die Vermuthung, daß die gesetzliche zeitgemäße Regelung der Judenfrage in Rußland im Werke sei. (S. C.)

Kalisch, 18. November. [Eisenbahnprojekt.] Heute war eine Deputation aus Turek und Umgegend bei dem hiesigen Kriegsgouverneur Gen. v. Bellegarde, um demselben die Vorzüge einer Föhrung der Breslau-Warschauer Eisenbahn von Kalisch aus über Turek, Lezerpea, Ojorkow und Zgierz nach Lodz vorzustellen und diese Linie seiner Protection zu empfehlen. Die Deputation wurde von Sr. Exc. sehr freundlich aufgenommen und der General versprach, auch in Warschau, wohin er heute reiste, bei dem Statthalter das Projekt auf's wärmste zu vertreten. (Schl. Z.)

Von der polnischen Grenze, 20. Nov. Die Purifikation des Beamtenstandes von russenfeindlichen Elementen hat im Königreich Polen noch immer ihren Fortgang. Der „Dziennik Warszawski“ hat wieder eine lange Reihe von polnischen Beamten veröffentlicht, welche im „Interesse des Dienstes“ entlassen sind. Die bei weitem größte Zahl

kommt auf die Ressorts des Innern und des öffentlichen Unterrichts, deren Chefs Fürst Czernaski und Wirklicher Staatsrath de Witte, den Grundsatz haben: „Wer den Kaiser liebt, spricht seine Sprache“, und daher alle Beamte aus dem Dienste entfernen, welche der russischen Sprache nicht mächtig sind. In die Stellen der entlassenen Beamten rücken sofort Russen ein, die von Zeit zu Zeit in größeren und kleineren Schaaren in Warschau eintreffen. — Der Handel und Gewerbebetrieb, mit Ausnahme der Tuchfabrikation, können sich in Polen noch immer nicht von dem Schlage erholen, den sie durch die Revolution erlitten haben. Die über die Grenzolländer aus- und eingeführten Waaren sind so gering, daß sie kaum in Betracht kommen. Der Getreidehandel, die Haupternahme der Gutsbesitzer, hat fast ganz aufgehört; daher der Geldmangel, der sich in allen Verhältnissen immer fühlbarer macht. — Am 12. d. wurden aus Lemberg per Eisenbahn sechs wegen Hochverraths zu mehrjährigem schweren Kerker verurtheilte Polen zur Abführung ihrer Strafe nach Olmutz abgeführt. Die Namen der Abgeführten sind: 1) Johann v. Garnecki, verurtheilt zu 10 Jahren schwerem Kerker; 2) Fortunat v. Stadnicki zu 6 Jahren; 3) v. Drofojewski zu 6 Jahren; 4) Cäsar v. Haller zu 6 Jahren; 5) Thaddäus v. Romanowicz zu 2 Jahren; 6) v. Dymidowicz zu 2 Jahren. Auf dem Bahnhofe, wohin die Gefangenen in zwei verschlossenen Wagen unter starker Militär-Eskorte transportirt wurden, hatte sich eine unabsehbare Menschenmenge versammelt, um von ihnen Abschied zu nehmen. Weder Polizei- noch Militär-Organen wehrten dem Publikum den Zutritt zu den Gefangenen. Die Abschiedsscene war überaus rührend, verlief aber in größter Ruhe. Der Platzkapitän, der die Gefangenen bis zum Bahnhofe begleitet hatte, bewies sich außerordentlich freundlich gegen sie. Er ließ ihnen sogar schwere Decken reichen, um die Füße einzuwickeln und gegen die Kälte zu schützen. Dieser Akt der Humanität wurde von der Menge mit nicht enden wollendem Beifallrufen aufgenommen. Von den Gefangenen saßen je zwei in einem Waggon. In jedem der drei Waggonen befanden sich drei Soldaten; im vierten Waggon fuhr die übrige Eskorte, bestehend aus 5 Soldaten. Zwei andere, wegen Hochverraths zu schwerem Kerker verurtheilte Polen, und zwar die Herren Stanislaw Tarnowski und Florian v. Ziemiałowski, von denen ersterer zu 8, letzterer zu 3 Jahren verurtheilt ist, sollen ihre Haft in Lemberg abbüßen. (Ostf.-Ztg.)

### Dänemark.

Kopenhagen, 20. November. „Dagbladet“ tadelt die drei königlichen offenen Briefe. In dem Augenblicke, in welchem die drei deutschen Herzogthümer von Dänemark losgerissen worden, in welchem die Treue gegen das frühere Vaterland sich zu einem Verbrechen gestaltet und namentlich die dänischen Schleswiger einer nationalen Unterjochung überliefert werden, klinge der Wunsch des Thrones, „daß es Euch im Laufe der Zeit stets wohlgehen möge“, höchst dürrig. Die verantwortlichen Rathgeber der Krone hätten in einem so bedeutungsvollen Augenblicke einen würdigeren und kräftigeren Ausdruck für den Abschiedsgruß des Königs an eine Million Unterthanen finden müssen. Andererseits wäre in dem Trostworte an das Dänenvolk die Anerkennung der Nothwendigkeit, die in dem Grundgesetze vom 5. Juni 1849 gegebene bürgerliche Freiheit zu befestigen, am Platze gewesen, da nur so der dänische Volksgeist auf eine würdige Zukunft vorbereitet werden könne.

Der „Augustorein“ zählt jetzt im Ganzen 1200 Mitglieder, wovon etwa 250 auf die Provinz kommen. In den letzten 4 Wochen wuchs die Mitgliederzahl um nahezu 150 Personen. — In den hiesigen Militär Lazarethen haben die Aerzte andauernd vollauf zu thun; es befinden sich augenblicklich in denselben nahezu 500 Kranke und Verwundete. — Gestern sind der General v. Falkenstein und der dänische Räumungskommissär, Geheimrath Braestrup, in Kolding eingetroffen. Morgen werden daselbst dem Lezern aus der preussischen Feldkriegskasse etwa 300,000 Thlr. dänisch ausbezahlt werden, welche Summe durch die jütländischen Einnahmen angestrahlt wurde. Ueberrnorgen wird alsdann die Provinz Jütland als vollständig geräumt zu betrachten sein.

### Türkei.

Aus Bukarest, 20. November, wird telegraphisch gemeldet, daß die Deputirtenwahlen zur Nationalversammlung, der bekanntlich der Staatsstreik vom 2. Mai d. J. zur Ratifikation gestellt werden soll, auf den 7. Dezember anberaumt worden sind. Das bereits veröffentlichte Strafgesetzbuch für Rumänien hat die Todesstrafe vollständig abgeschafft. Die Generalräthe haben an den Fürsten Glückwunsch- und Dank-Adressen gerichtet. Zwei, die von Ploesti und Roman, haben beschlossen, daß dem Fürsten eine Ehrenstatue zu errichten sei; die anderen wollen zur Erinnerung an die staatsrettenden Thaten der Russischen Regierung verschiedene Monumente errichtet wissen. Ein fürstliches Dekret bestimmt, daß eine Kunstschule gegründet werde.

### Asien.

Kalkutta, 21. Oktober. Nach der neuesten „ostindischen Ueberlandspost“ hat sich für die durch den Sturm in Kalkutta Verunglückten besonders die Parsi-Gemeinde in Bombay hilfreich erwiesen, indem sie gleich bei der ersten Nachricht 100,000 Rupien beisteuerte. — Der Vice-König von Ostindien ist am 14. Oktober in Lahore, der Hauptstadt des Pendschab, eingetroffen, wo sich gegen 600 ostindische Vasallenfürsten und Häuptlinge, darunter der Maharadscha von Kaschmir, einfanden, um ihm ihre Ehrfurcht zu bezeugen. — In Afghanistan stehen neue Kämpfe bevor. Das treulose Benehmen des Emirs von Kabul gegen seinen Bruder Uzul Khan hat Alles gegen ihn in Harnisch gebracht. — Der Khan von Kandahar trifft Vorbereitungen zum Kampfe gegen ihn und befestigt Kelat; der König von Bokhara hat ihm einen drohenden Brief geschrieben und schickt sich an, den Sohn Uzul Khans zu unterstützen. Ein Korps von 12,000 Persern ist auf dem Marsche nach Herat in Karai angekommen. Der Khan von Kokan rückt auf die Nachricht, daß 12,000 Mann Russen gegen Taschkend aufgebrochen, mit 8000 Mann ihnen entgegen und lieferte ihnen bei letzterer Stadt eine Schlacht. Er wurde geschlagen und die Russen besetzten Taschkend und Kokan. Es heißt, daß die Bhutanesen sich unterwerfen und Genugthuung leisten wollen.

### Amerika.

Der Dampfer „Hibernian“ hat Newyorker Berichte bis zum 12. d. Abends in Londonderry abgegeben. Nach demselben hat Mac Clellan auf seinen Rang in der Unions-Armee verzichtet. Fenton ist zum Gouverneur von Newyork gewählt worden. Die Konföderirten, die im Shenandoahthale Verstärkungen erhielten, bedrohen Pennsylvanien und Maryland. — Der Kongreß der Südstaaten ist in Richmond zusammengetreten. In der Botschaft des Präsidenten Jefferson Davis heißt es unter Anderem: Ein Frieden ohne Unabhängigkeit sei unmöglich. Die Botschaft mißbilligt die Konstriktion und die Bewaffnung der Neger außer im äußersten Nothfalle; sie empfiehlt, Sklaven, an denen

Mangel sei, anzukaufen. — In Newyork war am 12. Abends der Cours auf London 265, Goldagio 142 1/4; Baumwolle ruhig, 142.

## Lokales und Provinzielles.

Posen, den 22. November.

— Fräul. Defner giebt heut im Bazar ihr Abschieds-Konzert, das Programm ist wie das erste Mal ein gutgewähltes, und nach dem Erfolge des ersten Konzerts dürfte es auch dem heutigen an Theilnahme nicht fehlen.

— [Handwerkerverein.] Vortrag des Mechanikers und Optikers Herrn Gähler über meteorologische Instrumente. Anknüpfend an einen, vor mehreren Monaten über diesen Gegenstand gehaltenen Vortrag, legte der Vortragende nochmals die Unterschiede zwischen dem Fahrenheit'schen und Reaumur'schen Thermometer dar, sowie zwischen dem nur für niedere Wärmegrade brauchbaren Weingeist-Thermometer und dem Quecksilber-Thermometer, stellte diesen beiden das sehr empfindliche Luftthermometer gegenüber, beschrieb sodann ausführlich das Maximum- und Minimum-Thermometer, welches erstere mit Quecksilber gefüllt ist und für den höchsten Wärmegrad in einem luftleeren Raume ein Eisenstäbchen enthält, das durch das steigende Quecksilber vorwärts geschoben wird und beim Zurückziehen des Quecksilbers auf dem höchsten erreichten Wärmegrad liegen bleibt, während das Minimum-Thermometer mit Weingeist gefüllt ist und innerhalb der Flüssigkeit ein hohles Glasstäbchen enthält, das von dem sinkenden Weingeist mit zurückgezogen wird und auf dem niedrigsten Stand liegen bleibt. Beide Thermometerröhren haben gleiche Gradentheilung und liegen wagerecht auf einem Brette. Statt der Quecksilber-Thermometer wendet man auch Metall-Thermometer in verschiedener Form an, in denen zwei ungleich dehnbare Metallstäbchen die Funktion des Quecksilbers vertreten; die selben sind zwar für gewöhnliche Zwecke verwendbar, aber für wissenschaftliche Untersuchungen untauglich. — Zu den meteorologischen Instrumenten gehört ferner das Barometer, der Luftdruckmesser.

Der Vortragende theilte zunächst Einiges aus der Geschichte des Barometers mit. Die Erfindung stammt aus Italien, wo Galiläi im 17. Jahrhundert den ersten Grund dazu legte, indem er bei Gelegenheit der Anlegung einer sehr hohen Pumpe im großherzoglichen Garten zu Florenz feststellte, daß der Luftdruck eine Wassersäule von 32 Fuß Höhe in den luftleeren Raum hinaufstreibt und ihr Gewicht trägt. Sein Schüler Torricelli wendete dies auf das mehr Gewicht als das Wasser enthaltende Quecksilber an und machte die folgenreiche Erfindung, daß der Luftdruck einer 28 Zoll hohen Quecksilbersäule an Gewicht gleich ist. Der Vortragende machte das sehr interessante Experiment mit der Torricelli'schen Röhre. Der Torricelli'schen Röhre steht das Gefäßbarometer am nächsten, dessen Güte hauptsächlich davon abhängt, daß sich in der Torricelli'schen Röhre keine Luft befindet. Für genauere Messungen jedoch bedient man sich des aus zwei kommunizirenden Glasröhren bestehenden Heberbarometers. Die mit einer luftleeren Metallkapsel versehenen Metallbarometer sind zwar leicht zu transportiren und zu handhaben, aber für wissenschaftliche Zwecke unbenutzbar. Das Barometer wurde nur zur Messung des Luftdrucks benutzt. Seine Benützung als Wetterglas hat nur dann Werth, wenn man mehrere andere Verhältnisse in der Temperatur berücksichtigt. Die Anwendung des Barometers zu Höhenmessungen hat sehr wichtige Resultate ergeben. — Diefem lehrreichen, durch Zeichnungen und Experimente veranschaulichten Vortrage folgte die zahlreiche Versammlung mit gespannter Aufmerksamkeit.

In Betreff der Weihnachtsausstellung wurde der Versammlung nochmals der hier bereits im Auszuge gegebene Kommissionsbericht mitgetheilt, an den sich eine lebhafte Debatte und mehrere Anträge schloffen. Mehrere Interessenten sprachen vor dem Kommissionsrathe. Der Vorsitzende und einige Mitglieder wiesen nach, daß die Interessenten nach aller Berechnung durch die Ausstellung gewinnen müssen. Der Ausstellungssaal (Kellers Hotel) ist gemiethet.

— [Eine nächtliche Scene.] Drei arbeitsscheue Bagabunden hatten sich vor einigen Tagen mit dem Fleische, das sie einem hiesigen Fleischer entwendet, in der Nacht in das Glas auf St. Adalbert gegeben und hier zwischen dichten Gebüsch ein Feuer angezündet, um sich von ihrem Beute ein frugales Abendbrot zu bereiten. Ein tüchtiger Braten wurde an einem improvisirten Bratspieß von einem der Diebe gebrät, während die beiden anderen behaglich am Feuer lagerten. Plötzlich vernahmen sie ein Geräusch und hörten Tritte, die sich ihnen näherten. Die drei Bagabunden sprangen auf, um sich entweder der umgebenen Gäste zu erwehren oder wenn möglich, zu entziehen; aber beides war zu ihrem Schrecken zu spät. Eine Militär-Patrouille hatte sie umzingelt und nahm sie gefangen, ehe sie ihren Appetit an dem schönen Braten stillen konnten.

\* Gräß, 21. November. Heute fand die Beerdigung des hiesigen Kaufmanns und Stadtverordneten J. D. Knoll statt, wobei sich außer den Behörden der Stadt, der Schützengilde und dem Turnvereine ein zahlreiches Publikum aller Konfessionen von Nah und Fern betheiligte. Der Verstorbene war 1811 in Weßern, im Königreich Polen geboren, und wurde am 18. d. M. vom Lungenschlage getroffen. Als Knabe besuchte er die Schule in Kissa und später erlernte er bei dem Geheimen Kommissionsrath Barth in Posen das Destillations- und Kaufmannsgeschäft. Seit etwa 20 Jahren ist er einer von den geachteten Bürgern unserer Stadt, in den letzten Jahren war er Mitbesitzer der hiesigen Brauerei unter der Firma Symanski und Knoll. Der Dahingesehene war ein liebender Gatte, ein sehr besorgter Vater für seine sechs noch unversorgten Kinder, ein Wohlthäter für die Armen, ja ein Mann, der kein Opfer schonte, wenn es sich um die Erziehung und Förderung edler Zwecke handelte. Daher hat er sich nicht allein hier, sondern auch im weiten Kreise Liebe und Achtung in einem sehr hohen Grade erworben, und dies bewies die Theilnahme bei seiner heutigen Beerdigung.

\* Kosten, 20. Novbr. [Diebstahl; Gutsverkauf; Wohlthätigkeit.] Als am vergangenen Freitag die Frau Gräfin Potworowska, auf deutsch Bresse, von einer mehrtägigen Reise nach Hause zurückkehrte, fand sie zum großen Schrecken den sonst immer gut verschlossenen Schrank, in welchem verschiedene werthvolle Gold- und Silberfachen etc. aufbewahrt waren, geöffnet. Eine kurze Durchsichtigung der Räume des quast. Schrankes ergab, daß eine Summe Geldes, eine goldene Uhr, eine goldene Kette, Armbänder, viele kostbare Ringe etc. aus den auch verschlossenen Schubladen verschwunden waren. Die Diebe hatten, wie es sich als unweifelhaft herausstellte, die Hauptthür des Schrankes gewaltsam erbrochen, mit Hilfe von Nachschlüssel von einem Dietrich die Schubladen geöffnet und die werthvolle Beute mit sich genommen. Bei Berücksichtigung der Ortlichkeit und der dort diebstahl begleitenden näheren Umstände ist fast mit Sicherheit anzunehmen, daß ein freches Subjekt von dem dienenden Hauspersonal des Grafen Potworowski sich des Verbrechens schuldig gemacht hat. Eine bei diesen angeordnete, gründliche Revision lieferte über den Verbleib des gestohlenen Gutes gar kein Resultat; dennoch wurde aber der Hofgärtner und der Gärtnerbursche des Grafen, beide der Thaterschaft stark verdächtig, arretirt und von Gensd'armen hierher gebracht. Ob der Verdacht gerechtfertigt ist, dürfte die Untersuchung ergeben.

Das jetzt verkaufte, landchaftlich auf 61,600 Thaler taxirte Gut Wonnitz hat durchweg guten Boden, hinreichende gute Wiesen, zwar gar keinen Holzbestand, aber einen reichen Torfstich und gehört, wenn es darauf ankommt, den Werth eines Gutes danach zu würdigen, wie es die Mutter Natur — ohne Mitwirkung menschlichen Fleißes — ausgestaltet, zu den schönsten Besitzungen des hiesigen Kreises. Mehrfach, und zuletzt seit einem Jahre stand Wonnitz unter landchaftlicher Administration und die wiederholt beantragte und eben so oft wieder zurückgenommene Substation gehörte gewissermaßen zu den causes celebres der Provinz. Der nun aufgebene Substationstermin hätte unter den Käufern zwar eine starke Konkurrenz herbeigeführt, für den Verkäufer ein günstigeres Gebot ungewiss, aber nicht zur Folge gehabt; denn was die landwirtschaftlichen Angelegenheiten in ihrem ganzen Umfange anbetrifft, so bleibt in Bezug auf Wonnitz — man möchte sagen — Alles zu wünschen übrig. Dem neuen Besitzer geht ein ehrender Ruf als intelligenter Landwirth voran und im Besitze der ererbtenlichen Gebühn wird derselbe in kurzer Zeit zeigen, was Wonnitz bringen kann, aber nie und nie brachte.

Bei der letzten Lotterieziehung hat einer der wohlhabendsten hiesigen Bürger, Kaufmann Pastowski, die Summe von 7500 Thalern gewonnen. Der erste Gebrauch von dieser Glücksumme war, daß L. die städtischen Armen ohne Unterschied der Nationalität und Konfession mit nennenswerthen Unterstützungsgeldern ausstattete.



G. Kobylin, 21. Nov. (Verpödet.) [Zubilaum.] Am 9. Okt. feierte die hiesige evangelische Gemeinde das hundertjährige Bestehen ihrer Kirche. Schon drei Jahre vorher bereitete man sich zu diesem Feste vor, indem man bei den Frauen und Kindern Selbsterhebungen veranstaltete, welche in diesem Zeitraum 307 Thlr. 18 Sgr. 6 Pf. betrugen. Wenn nun in Betracht gezogen wird, daß die Mehrzahl der hiesigen evangelischen Mitglieder aus nicht sehr bemittelten Handwerkern besteht, so giebt dies genügendes Zeugnis davon, daß der Sinn für Kirche und Religion hier wohl vertreten ist. Mit genannter Sammlung wurde die hiesige Kirche von Innen renovirt und sind obendrein viele Liebesgaben gesendet worden, von denen wohl die Altarbedeckung aus violettem Sammet mit goldenem Kreuze versehen, als Geschenk vom Fürsten, Bringen Reuß auf Baislow, hervorzuheben ist. Schon am Tage vorher waren recht viele fleißige Hände thätig, um der Stadt ein festliches Ansehen zu verschaffen. Ueberall sah man Girlanden und Kränze, Transparente mit passenden Inschriften trafen man allenthalben an. Besonders schön sah die Kirche von Innen aus und selbst der Thurm, von welchem die preussischen Fahnen herabwachten, war mit Laubgewinden umgeben. Der Kirchenvorstand ließ die Trompeterkapelle von der 2. Eskadron des westpreussischen Infanterie-Regiments Nr. 1 aus Miltitz herbeiholen, und sowohl am 8. Oktober Abends, als auch am folgenden Tage früh tönten die Jubellänge vom Kirchturme herab; der hiesige Männergesangsverein sang abwechselnd den Choral: „Allein Gott in der Höh“ etc.“. Reizend Morgens begann die eigentliche Feier. Der Festzug setzte sich vom Pfarrhause aus nach der Kirche in Bewegung; voran schritt die Schuljugend mit ihren Lehrern, dann folgten die Mädchen weiß gekleidet, dann das Musikcorps mit dem Männergesangsverein, hieran schloß sich die Geistlichkeit, bestehend aus dem General-Superintendenten D. Kraus, dem Superintendenten B. Eiche und sieben Pastoren aus der Diocese Krotoschin. Der Landrath des Kreises, der Magistrat, die Stadtverordneten und der Kirchenrath schlossen den Zug, wobei die Gewerke Spalier bildeten. In der Kirche angekommen, wurde ein Morwendlied gesungen. Hierauf die Liturgie vom Superintendenten Eiche gehalten und der Gesangsverein sang die Hymne von Gähler, Ps. 95: „Kommt herzu etc.“ und das Hauptlied: „Sei Lob und Ehr dem höchsten Gut, mit welcher Begleitung.“ Es folgte dann eine der Feier würdige Predigt vom hiesigen Pastor Meyer, dann Kirchenmusik und die Kantate von Sachs im gemischten Chor. Der General-Superintendent D. Kraus sprach den Segen, worauf der Schlussvers: „Nun danket alle Gott“ gesungen wurde. Die Musik- und Gesangstücke sind unter der Leitung des hiesigen Kantors Eichel gut ausgeführt worden, der sich überhaupt bei dem ganzen Feste alle rechtliche Mühe gab, und bei den Arrangements thätig war. Nach der Kirche versammelte man sich im Rathhause zur Festmahlszeit, an der auch viele auswärtige Gäste, die zu dieser Feier herbeigeeilt waren, Theil nahmen. Vom hiesigen Pastor Meyer fand Gedächtnisreden aus der Geschichte des evangelischen Kirchenstifts Kobylin zum hundertjährigen Jubelbestehen.

Es Krotoschin, 18. Novbr. [Feuer; Masern; ein Uebelstand.] Mittwoch den 15. dieses Monats 1/8 Uhr brannte auf dem Rittergute Lubomierz ein Getreidehaufen nieder. Das Feuer ist auf alle Fälle von ruckloser Hand angelegt, vielleicht um sich an dem Besitzer zu rächen. Wie man hört, ist man dem Thäter auch bereits auf der Spur. — Seit mehreren Wochen grassiren in unserem Städtchen die Masern und treten recht bösartig auf. Fast jedes Haus hat ein oder zwei kleine Kranke, leider hat auch schon manche Familie der Seuche ihren Tribut zahlen müssen. In kurzer Zeit sind hier 13 bis 14 Kinder der Krankheit erlegen, was in unserem kleinen Städtchen, bei einer Einwohnerzahl von kaum 600 Seelen, gewiß schon bedeutend ist. — Ein recht fühlbarer Uebelstand ist es für uns, daß sich in unserer Stadt noch kein Arzt niedergelassen hat. Krotoschin an sich ist allerdings so klein, doch würde die ganze Umgegend gewiß einem tüchtigen Arzte ausreichende und lobende Praxis gewähren. Alle unsere Nachbarkräfte, die bereits so glücklich sind, einen Arzt unter ihren Einwohnern zu haben, sind zwei Meilen oder darüber von hier entfernt, dies hält denn so Manchen ab, den Arzt eher, als im höchsten Nothfalle, zu Rathe zu ziehen und dann kommt meistens die Hilfe zu spät. Ärmere Leute dürfen gar nicht daran denken, da es ihnen ja nicht einmal möglich ist, die doppelten Fuhren, viel weniger aber noch Doktor und Apotheker zu bezahlen. Dies Alles würde aber nicht sein, wenn wir in unsern Mauern selbst einen Arzt hätten; möchten daher doch diese Beilen einem oder dem anderen der Herren Aerzte, die sich eine Heimath gründen wollen, in die Augen fallen, dann würde uns vielleicht bald geholfen werden.

## Der Hochverrathsprozess gegen die Polen.

78. Sitzung des Staatsgerichtshofes zu Berlin vom 21. November 1864. Fortsetzung der Rede des Rechtsanwalts Jannecki.

In ähnlicher Lage, wie der hohe Gerichtshof, hat sich auch der Herr Ober-Staatsanwalt befunden, und wenn ich denselben einen Vorwurf machen darf, so ist es nicht der, daß viele Unrichtigkeiten in der Anklage angeführt sind, sondern der, daß dabei verblieben worden ist, wiewohl das Ergebnis der Verhandlungen selbst einem Staatsanwalt das Bekenntnis des Irrthums hätte abnöthigen können. Im Uebrigen mußte sich allerdings der Herr Ober-Staatsanwalt an seine Quellen halten; diese Quellen waren natürlich die Provinzialbehörden und wenn er darin auf die gerichtlichen Verhöre, die ihm manche andere Auskunft geben konnten, übergegangen und sich mit Vorliebe an die polizeilichen gehalten hat, so will ich mit ihm nicht darüber rechten. Dagegen halte ich es für meine Pflicht, doch über die rein aus polizeilichen Quellen geschöpfte Darstellung der Verhältnisse im Großherzogthum Polen den Behörden und dem preussischen Staatsorganismus gegenüber einige Worte zu sagen.

Meine Herren! Es ist richtig, es existirt in Polen eine Opposition der polnischen Bevölkerung gegen die Art der Verwaltung dieser Provinz, allein in den amtlichen Darstellungen wird immer Urtadel und Wirkung verwechselt. Die gewiß nicht zu rechtfertigenden Maßnahmen der Regierung sind nicht geboten durch eine Opposition quod memore, sondern die Opposition ist eine Folge jener Mängel.

Ich kann erwarten, daß die Richter dieses hohen Tribunals es nicht veräumen haben werden, sich mit den rechtlichen Bestimmungen vertraut zu machen, welche bezüglich des Großherzogthums Polen Geltung haben, sie werden dann gefunden haben, daß im Anschluß an die Wiener Verträge Gesetze existiren, welche der polnischen Bevölkerung den Schutz und die Wahrung ihrer Nationalität sichern sollen.

Wenn ich Ihnen, meine Herren, ein Bild von der Art und Weise entwerfen wollte, wie von den administrativen Behörden diese Gesetze gehandhabt werden, so würde ich Ihnen Zustände zeigen müssen, die Ihnen ebenso unglaublich erscheinen würden, wie der vielbesprochene Majewski'sche Hochverrathsprozess mit der Veranlassung, die ihn herbeigeführt. Sie werden, meine Herren, trotzdem, daß sie beharrlich unsere Anträge abgelehnt haben, die Ueberzeugung von der Richtigkeit unserer Behauptungen gewonnen haben, und das, meine ich, wird genügen, das wird mich einbinden, auf Einzelheiten einzugehen, um meine Behauptung zu rechtfertigen, daß die Verwaltung des Großherzogthums Polen eine solche ist, welche der polnischen Bevölkerung gerechte Urtadel zur Beschwerde giebt. In der That ist es jetzt auch dahin gekommen, daß, wie feindselig man sich auch in anderen Landes-theilen den sogenannten deutschen Verfassungen zeigt, im Großherzogthum Polen die Regierung so deutlich ist, daß sie sogar Krieg mit den historischen Erinnerungen der Polen führt — ich erinnere an den Feind der Befreiung Wiens — daß sie Festhalten an den gesetzlichen Berechtigungen bezüglich der polnischen Sprache als regierungsfremde Agitation bezeichnet — daß sie bei den Wahlen jeder Art jede deutsche Kandidatur jeder polnischen gegenüber offiziell unterstützt, welcher politischen Richtung auch der eine oder andere Kandidat angehören mag — kurz, daß es in ihren Augen für einen Polen ein Verbrechen ist, sich als solcher zu bekennen und daß nur eine glücklicherweise seltene Verleugung der Nationalität vor ihr Gnade findet. Meine Herren, es sind dies beklagenswerthe Zustände, sie werden aber am meisten von demjenigen Theile der polnischen Bevölkerung beklagt, welcher, abgeneigt gegen die polnische Richtung, für ihr Festhalten am Recht da den wenigsten Schutz findet, wo man ihn sonst zu suchen berechtigt ist; bei der Obrigkeit des Landes. Ist es nun zu verwundern, n. S., wenn bei solchen Zuständen, einem Triebe der Selbsterhaltung folgend, des natürlichen Schutzes beraubt, sich die polnische Bevölkerung um Männer schaart, die durch ihren Charakter, durch Sittenreinheit glänzen, daß diese Männer — ohne Wahl — gewissermaßen durch stillschweigende Uebereinkunft einen Einfluß ausüben, wie er allerdings wo anders nicht vorkommt und nur unter Bedingungen, wie sie in Polen bestehen, vorkommen kann. Die Anklage nennt uns selbst zwei solche Männer — freilich ohne sie selbst und ihre Bedeutung zu verstehen — sie nennt uns Gustav Potworowski und als seinen Nachfolger Adolph Jaczyński.

Ich kann noch einen Schritt weiter zurückgehen, um mit hoher Achtung einen Namen zu nennen, der immer im Großherzogthum Polen vergeblich werden wird, der des Dr. Karl Marcinkowski. Ich will durch die Nennung von nur drei Namen Niemand, weder Lebenden noch Todten, zu nahe treten, die Verdienste Anderer nicht verlernen, ich befinde mich darauf, weil Potworowski und Jaczyński in der Anklage genannt sind, mit Marcinkowski Niemand konkurriren wollen wird. Meine Herren, es giebt wohl keinen besseren Beweis für die antirevolutionäre Richtung des Großherzogthums Polen, als das Zugeständnis der Anklage, daß Männer dieser Art, die ihre Ueberzeugung nie verhehlt haben, daß nur auf dem Boden des Gesetzes für die Erhaltung der Nationalität gekämpft werden dürfe, nicht allein Einfluß gehabt, nein einen fast unbedingten und doch gänzlich freiwilligen Gehorsam gefunden haben. Alle drei der von mir genannten Männer haben im Jahre 1830 und 1831 gegen Rußland und nicht, wie sich wohl der Herr Ober-Staatsanwalt jetzt überzeugt haben wird, weder unmittelbar noch mittelbar gegen Preußen gekämpft, — etwas, was ihnen hier nicht zum Vorwurf gemacht werden kann, — seitdem hatten und haben sie sich nie an irgend einer durch die Strafgesetze verpönten Handlung betheiligt, bis es Herrn Jaczyński vorbehalten blieb, in der gegenwärtigen Anklage, die so viel Absonderliches geliefert hat, zu einem Demagogen und Konspirator gestempelt zu werden. Freilich hat es die Anklage auch noch in diesem Plaidoyer verübt, aus einem Mundschreiben der Herren Jaczyński und Potworowski und aus dem Konzepte einer Anrede des Ersten den Bestand eines hochverräterischen Unternehmens herzuleiten, allein wenn in diesen Schriftstücken selbst von einer Betheiligung an der Unterfütterung des Aufstandes in Polen für jetzt abgemahnt wird, so scheint mir diese Argumentation ziemlich auf der Höhe einer ähnlichen zu stehen, welche dahin ging, daß der Herr Oberstaatsanwalt aus einer Proklamation, welche die Nichtbetheiligung Polens und Galiziens am Aufstande verlangte, gerade folgert, daß ein Aufstand in diesen Landestheilen stattfinden sollte. — Ich werde auf den Inhalt der beiden Schriftstücke für jetzt nicht näher eingehen — es bietet sich für mich vielleicht dafür eine spätere Gelegenheit dar, — jedoch will ich nur eines bemerken, daß der Herr Oberstaatsanwalt bei der Kritik der beiden Schriftstücke etwas Wesentliches übersehen hat, nämlich daß, wenn man zum Zwecke der Ueberzeugung Anderer spricht oder schreibt, man den Anderen nicht ins Gesicht schlagen darf, und daß sich daraus, daß einem preussischen Beamten — namentlich einem mit den Verhältnissen gänzlich unbekannten — vielleicht etwas befremdliche Redeweise in den beiden Schriftstücken hinlänglich erklärt.

Zwei Punkte sind es namentlich, welche nicht allein Anstoß erregen, sondern zu Indicien für den Hochverrath benutzt, ja zur Vorbereitung des Hochverraths selbst gestempelt worden sind. Das eine ist das Wort „Vaterland“, das zweite die „organische Arbeit“. Meine Herren, die Polen haben das Recht, Polen in seinen alten Grenzen ihr Vater- oder Mutterland zu nennen, dasselbe Recht, mit welchem die Ostpreußen Deutschland ihr Vaterland nennen, wiewohl diese Provinz bekanntlich nicht zu Deutschland gehört. Wenn wir Deutschland „so weit, als die deutsche Zunge klingt“, nennen, wollen Sie den Polen diese Auffassung versagen? Ueberdies haben die Polen eine politische Berechtigung hierzu.

Die Wiener Verträge hatten keineswegs die Absicht, dasjenige herzustellen, was sich im Laufe der Zeit herausgestellt hat. Die drei Theilungsmonarchen sollten die Theile von der alten polnischen Republik eben als Theile Polens besitzen, die unter sich in einem gewissen Zusammenhange verbleiben sollten. Man wollte Polen politisch theilen, aber durch die Theilung die nationale Zusammengehörigkeit nicht aufheben, man erkannte sie vielmehr ausdrücklich an.

Es würde zu weit führen, in den Inhalt der Wiener Verträge und die Konstitutionspatente einzugehen. Ich setze voraus, daß die Mitglieder dieses Staatsgerichtshofes mit dem Staatsrechte vertraut sind. So wurde in der That auch das Verhältnis in der ersten Zeit nach dem Jahre 1815 aufgefaßt. Für das Großherzogthum Polen wurden besondere polnische Scheidmünzen geprägt. Die preussischen schwarzen Adler enthielten in einem Mittelschilde den weißen polnischen Adler. Freilich sind die Münzen eingezogen, die weißen Adler schwarz überländert — aber, meine Herren, in den Herzen der Polen hat man die Erinnerung an ihre politischen Rechte, die einen festen Boden haben, nicht zu vernichten vermocht. Man wird dies am wenigsten zu Wege bringen, wenn man sie deshalb zu Hochverrathern machen will.

Und nun „die organische Arbeit“. Das klingt allerdings Polizeiohren sehr gefährlich und doch ist gerade nichts mehr antirevolutionär.

Unter organischer Arbeit verstehen die Polen das Bestreben der Erhaltung der polnischen Nationalität gegenüber den Germanisations- und Russifizierungs-Bestrebungen durch Förderung der Bildung und des materiellen Wohlstandes unter der polnischen Bevölkerung, damit Polen nicht aufhöre, unter den Völkern zu existiren, wie es unter den Staaten selbstständig zu existiren aufgehört hat. Das aber, meine Herren, Bildung und Wohlstand das beste Hemmnis gegen konspiratorische und revolutionäre Bestrebungen sind, brauche ich Niemand zu sagen, der über dergleichen Dinge nachgedacht hat. — Wenn daher die königliche Staatsanwaltschaft sagt, die sogenannten Weissen hätten die nationale Arbeit noch nicht genügend vorgeschritten erachtet, um loszuschlagen, und sich nur deshalb dem Ausdruck der Revolution und dessen Unterfütterung widersetzt, so ist dies eine Unrichtigkeit, die ich der königlichen Staatsanwaltschaft wegen ihrer unzuverlässigen Quellen zu Gute halten will. Als das Strafgesetzbuch beraten wurde, hatte ich die Ehre, Mitglied der Kammer zu sein und Namens meiner Fraktion die Bedenken auszusprechen, welche sie der Annahme einzelner Bestimmungen dieses Kodex entgegenstellte. Schon damals machte ich in der Plenarsitzung vom 27. März 1851 darauf aufmerksam, welche Elasticität der §. 66 besitze, und daß wohl die Zeit kommen könne, wo man ihn mißbräuchlich anzuwenden versuchen werde. Die Zeit ist gekommen, meine Voransicht eingetreten.

Damals erwiderte mir Herr Batow als Referent ohne Widerspruch von irgend einer Seite Folgendes: (Der Redner liest die betreffende Stelle der angeführten Kammerverhandlung.)

Ich meine, meine Herren, dies sei eine authentische Interpretation.

Noch eine apophoristische Bemerkung.

Es ist vielfach von der Anklage die Behauptung aufgestellt worden, die Polen hätten bei ihrer Revolution auf Beihilfe des Auslandes gerechnet. Herr Prof. Gneist hat diese Anschuldigung mit Recht in das Gebiet der politischen Kannegießerei verwiesen, die mit diesem Kriminalprozeß nichts zu thun habe, allein ich will auch diese Anschuldigung nicht unwiderlegt lassen. — Meine Herren, die Polen haben das Unglück, je nach Bedürfnis für äußerst schlan und für äußerst thöricht gehalten zu werden. Sie wären in der That mehr als Thoren gewesen, wenn sie in den Jahren 1861 und 62, sowie Anfang 1863 auf Hilfe des Auslandes gerechnet hätten. Denn es kommt doch nur auf diese Zeit an, nicht auf die politische Lage, als Turno seine Briefe schrieb zu einer Zeit, als der Aufstand seinen Höhepunkt erreicht hatte! Werfen wir einen flüchtigen Blick auf die Lage Europas im Jahre 1862 und Sie werden sich überzeugen, daß Polen von keinem Staate Hilfe erwarten konnte. Von wem denn? Von Oesterreich? Also doch zu einem Aufstande, der ihnen Galizien nehmen sollte! Das war ja doch die Absicht nach der Meinung der Anklage. Gehen wir über diesen nonsens hinweg. Von England? Nun ich sollte meinen, daß sich darauf seit lange Niemand mehr verläßt, daß es des dänischen Beispiels nicht erst bedurfte, um zu wissen, daß diese alte Regierung nur Aufstände und Kriege ansieht, um seine Freunde im Stich zu lassen. Uebriens will ich wahr sprechen, England hat in diesem Falle nicht geholfen, sondern abgesehen. Ich verweise auf die englischen Blätter, die diesem Staatsgerichtshof nicht unbekannt sein werden. — Auf England war also nicht zu rechnen. Auf Frankreich? das grade in den Jahren 1861 und 62 seine Allianz mit Rußland anbahnte oder vielmehr befestigte?

Meine Herren! Wenn ich politische Kannegießerei treiben wollte, könnte ich viel erzählen von den Projekten im Orient, welche durch die polnische Revolution vereitelt worden sind, von dem Grunde, warum Oesterreich am Anfang derselben so überaus vorsichtig war. Erwähnen will ich aber, daß man sich in Polen darüber keine Illusionen machte, daß man die Intentionen Frankreichs, den Widerwillen desselben gegen eine polnische Revolution genau kannte, ein Wiener, der sich noch im Februar 1863 in der bekannten Rede des Ministers Rouland im Senate aussprach. Meine Herren! Man wußte dies, denn Ende des Jahres 1862 warnte Fürst Sartoryski, als die Bogen des Volksaufstandes im Königreiche auszubringen drohten, davor, er beschwor seine Landsleute, sich ruhig zu verhalten, weil kein Schatten einer Hoffnung auf französische Hilfe vorhanden sei. Also Hilfe von Preußen? Meine Herren! Das klingt lächerlich, allein vielleicht waren die Polen nicht bloß lehrhaft, sondern wahre Seher. Sie wußten vielleicht, daß am 8. Februar 1863 die russisch-preussische Konvention abgeschlossen werden würde, jener Seeschlange, welcher diese Männer zum Futter dienen sollten. Das die Konvention der polnischen Erhebung erst europäische Bedeutung gegeben, daß ohne

sie die gänzlich hoffnungslose Revolution im Keim erstickt worden wäre, das scheint mir keiner Ausführung bedürftig zu sein. Es wird nun an Ihnen, meine Herren, sein, zu beurtheilen, ob die Polen die Konvention voraussehen konnten, denn hiervon allein hängt die Richtigkeit oder Unrichtigkeit des von der Staatsanwaltschaft aufgestellten Satzes bezüglich der fremden Hilfe ab. Der Herr Ober-Staatsanwalt hat behauptet, die Revolution in Polen habe einen hochverräterischen Zweck gegen Preußen gehabt, und hat sich derselben auf zwei Autoritäten berufen: auf den Anklagesatz und auf die Verurtheilungen in Galizien. Ueber diese Autoritäten möchte ich einige Worte sagen, sehr wenige über den Anklagesatz, denn wenn auch §. 154 des Strafgesetzbuches der Freiheit der Diskussion ein weites Feld eröffnet, so fühle ich mich doch nicht sicher darauf und ich beschränke mich deshalb auf die wohl allgemein getheilte Behauptung, daß der Anklagesatz an sich gewiß kein Anrecht darauf giebt, als Autorität in Kriminalfachen zu gelten. Ueberdies kommt es ja nicht darauf an, wie die Sache lag, sondern wie sie nach geschlossener Verhandlung liegt und ich meine, die Veränderung der Lage hat nicht zu Gunsten der Anklage stattgefunden. Was die zweite Autorität, die galizischen Gerichte anlangt, so ist es doch wohl dem Herrn Ober-Staatsanwalts nicht unbekannt, daß die verschiedenen Staaten verschiedene Gesetzegebungen haben, nicht unbekannt, daß jene Gerichte Kriegsgerichte waren, zusammengefaßt lediglich aus Militärs, vom Hauptmann bis zum Gemeinen abwärts.

Nun, meine Herren, wir dürfen wohl nicht fürchten, daß solche Bräunbize unseren Klienten gefährlich werden könnten. Ich will hier noch einer Argumentation der königlichen Staatsanwaltschaft erwähnen, nicht um sie zu widerlegen, sondern um mir Licht über dieselbe zu erbitten, denn bei allem Nachdenken habe ich sie nicht verstanden, was sicher nur meine Schuld ist.

Der Herr Ober-Staatsanwalt sagt in seinem Plaidoyer: (Der Redner verliest die bezügliche Stelle.) Nun, meine Herren, so viel ich sehe, sagen keine Banern auf diesen Anklagesätzen und es scheint mir deshalb nicht klar, was deren Sympathien oder deren Mangel daran für oder gegen diese Sache beweisen sollen; wenn aber das rothe Komitè mit Hilfe von Mikroskops oder Garibaldi in den Besitz ihrer alten Volksrechte gelangen wollte, so kann man darüber um so weniger ernsthaft reden, als es der erste Akt der Revolution jenseits der Grenze war, den Banern das zu geben, was ihnen die russische Regierung bisher vorenthalten hatte: Freiheit und Eigentum. (Schluß folgt.)

## 79. Sitzung des Staatsgerichtshofes zu Berlin vom 22. November 1864.

Nach Eröffnung der Sitzung durch den Präsidenten Bichtemann wird mit den Plaidoyers in Betreff der einzelnen Angeklagten fortgefahren. 3) Der Bibliothekar Joseph Kustejko aus Siedlitz in Samogitien.

Ober-Staatsanwalt Adlung geht zuerst auf die hinlänglich bekannten persönlichen Verhältnisse des Angeklagten ein, und dann zur Erörterung der Frage über, ob Joseph Kustejko eine Stellung im Komitè selbst gehabt habe, oder ob er, wie er behauptet, nur im Auftrage des Grafen Dzialynski als dessen Sekretär und ohne persönliche Verantwortlichkeit gehandelt habe. Die Staatsanwaltschaft könne nicht annehmen, daß ein Mann von so großer Bildung und geistiger Bedeutung sich einfach zum bloßen Kopisten hergeben könne; auch gebe aus dem vertrauten Verhältnisse, in dem er zu dem Grafen gestanden habe, unzweifelhaft hervor, daß er mehr als sein Privatsekretär und Schreiber gewesen sein müsse. Sämtliche Schriftstücke, die für seine Sache in Betracht kämen, zeigten auf intimere Beziehungen hin und außerdem lägen genügende Anzeichen vor, daß der Angeklagte wirklich an den Verhandlungen des Komitès sich betheiligt habe. Kustejko sei zunächst dazu verwendet worden, die Franzosen Ganiere, Konfiet, Debat le Bars, Jung de Blankenheim, Obrist Bicomte de Noe und Emil Faucheur zur Theilnahme an den von dem Komitè organisierten Expeditionen anzuwerben. Seine Theilnahme an den Verhandlungen des Komitès gebe aus einem Dzialynski'schen Notizzettel hervor, auf dem die ersten vier Seiten von Kustejko's, die beiden letzten von Dzialynski's Hand geschrieben seien. Die Notizen auf diesem Bettel seien: 1) Wolniowicz (unleserlich), 2) Bericht (Gutachten) des Herrn Niegoll (ewski), 3) Noe, 4) Rapporte der Grenz-Kommissionen, 5) Beziehungen zu dem Warschauer Central-Komitè, 6) ein Bote nach Westpreußen. Die ersten vier Seiten geschrieben zu haben, räume der Angeklagte ein, über die beiden letzten verweigere er jede Auskunft. Die von Kustejko eingekandelten Notizen selbst geschriebenen Notizen könnten nun jedenfalls bloß dazu geschrieben sein, um für die Verhandlungen der Komitèsitzung, der er selbst beigewohnt habe, einen Anhalt zu bieten. Er sei demnach, da er auch als Vermittler der auswärtigen Organe und Agenten des Komitès zwischen diesen und dem Komitè gewirkt und als Ausfertiger der Beschlüsse des Komitès fungirt habe, als Mitglied desselben zu betrachten, und beantrage die Staatsanwaltschaft, ihn auf Grund des §. 34 des Strafgesetzbuches, welches für die Theilnehmer dieselbe Strafe, wie für die Anführer festsetze, ihn wegen Hochverrath mit dem Tode zu bestrafen.

Rechtsanwalt Jannecki tritt zunächst der Bemerkung des Staatsanwalts Mittelstätt über die Zusammenfassung des polnischen Komitès entgegen und verweist auf die Vergangenheit des Angeklagten v. Kofinski, woran er die Bemerkung knüpft, daß er nicht begreife, wie man diesen Angeklagten als einen Mann der Bewegung, als einen General der Revolution bezeichnen könne. Herr v. Kofinski sei als ein charakterloser Mann bezeichnet; er wünschte, daß man überall solche Männer von Charakterfestigkeit und Mangel an Eitelkeit fände, wie dieser Angeklagte es sei. Die Ausführungen liefern indessen den Beweis, wie schwach eine Anklage sein müsse, die in Ermangelung tatsächlicher Momente zu persönlichen Verunglimpfungen ihre Zuflucht nehmen müsse.

Uebergehend zum Angeklagten Kustejko verliest der Verteidiger einen Artikel der polnischen Zeitung, worin der Angeklagte ebenfalls geschmäht wird. wird jedoch vom Präsidenten mit der Bemerkung unterbrochen, daß das Verlesen dieser Artikel wohl nicht zur Verteidigung gehöre. — Rechtsanwalt Jannecki erwidert, indem er auf eine frühere Bemerkung des Rechtsanwalts Elven verweist, daß durch solche Artikel eine Pression auf die öffentliche Meinung geübt werden solle und daß dabei auch wohl die Hoffnung eines Einflusses auf den Gerichtshof vorgewandt habe. — Präsident: Er glaube nicht, daß der Verteidiger annehmen werde, daß der Gerichtshof sich durch den Einfluß der öffentlichen Meinung leiten lasse. Der Verteidiger sollte von der Stellung des Gerichtshofes eine andere Meinung haben.

Rechtsanwalt Jannecki: Er wolle dies nicht sagen; in politischen Prozessen sei dies wohl kaum zu verhindern und er wüßte es sogar. — Der Verteidiger erörtert demnach die von der Staatsanwaltschaft geltend gemachten, bereits bekannten Belastungsmomente, indem er dabei seine Verwunderung über die Härte des Strafantrages ausdrückt und diesen Antrag mit einem Darlehnsforderer vergleicht, der recht viel fordert, um wenigstens Etwas zu erhalten. — Auch hinsichtlich dieses Vergleichs erfolgt eine Unterbrechung Seitens des Präsidenten. — Nachdem der Verteidiger demnach die einzelnen Belastungsmomente widerlegt, verweist er darauf, daß der Angeklagte Kustejko kein Preuß, sondern in Litauen geboren sei, und daß man, da ihm nur der eigne Polak anzurechnen werden könne, ihm nicht imputiren könne, daß er gegen Preußen operirt, sondern höchstens, daß er eine Befreiung Polens und Litauens u. v. von Rußland beabsichtigt. Sein Antrag lautet auf Freisprechung.

Der Oberstaatsanwalt protestirt gegen die Bemerkung, als stelle er so hohe Anträge, um wenigstens Etwas zu erreichen. Er verwalte sein Amt nach seinem Gewissen. Die Anklage laute auf Hochverrath, und wenn der Gerichtshof annehme, daß das Unternehmen gegen Preußen gerichtet gewesen, so ergebe sich der Strafantrag von selbst. Für den Theilnehmer sei nichts weiter erforderlich, als daß er die Intentionen des Anführers gekannt habe.

Rechtsanwalt Jannecki erwidert, daß er dem Oberstaatsanwalt nicht den Vorwurf machen wolle, als handle er gegen sein Gewissen, er meine nur, daß derselbe überhaupt nicht in der Lage sei, greifbare Anträge zu stellen, und daß er deshalb die höchsten Anträge stelle.

Angeklagter Kustejko: In allen von ihm geschriebenen Schriftstücken komme nicht ein einzigesmal das Wort Preußen vor. — Er sei zwar in Litauen geboren, stehe aber gegenwärtig unter dem Schutze des französischen Kaiserreiches. Er richte die Bitte an den hohen Gerichtshof, bei der Erwägung des Urtheils gegen ihn abzusehen von allen Illustrationen der Anklage und nur das Thatsächliche ins Auge zu fassen.

4) Studiosus der Mathematik und Naturwissenschaft Vladislav Smisniewicz aus Schroda.

Der Ober-Staatsanwalt beantragt gegen diesen (bereits entlassenen) Angeklagten das Nichtschuldig.

Der Verteidiger Rechtsanwalt v. Lisiecki schließt sich diesem Antrage an. — Der Angeklagte Smisniewicz bittet, ihm zu gestatten, in seine Bei-



matz zurückzuführen; der Ober-Staatsanwalt hat dagegen nichts zu erinnern. Der Gerichtshof behält den Beschluß darüber vor.

5) Der Landwirth Valerian Mrowinski aus Goscieszyn. Der Angeklagte ist bekanntlich beschuldigt, bei Waffenanlauf thätig gewesen zu sein. Der Ober-Staatsanwalt findet in seiner Thätigkeit, weil ihm überhaupt nur ein solches Geschäft nachgewiesen sei, eine nicht wesentliche Theilnahme am Hochverrathe und beantragt eine Zuchthausstrafe von sechs Jahren und Stellung unter Polizeiaufsicht auf die selbe Dauer.

Rechts-Anwalt Lent: Er wolle und könne für den Angeklagten den Antrag auf wesentliche Theilnahme an einem hochverräterischen Unternehmen nicht acceptiren; entweder das, was die Staatsanwaltschaft nie hochverräterisches Unternehmen nenne, habe existirt, oder nicht existirt; es gebe also nur Strafe des Hochverrathe oder Freisprechung. Die Anklage schlage überhaupt eine Methode ein, welcher die Verteidigung mit Lebhaftigkeit widersprechen müsse, gleichwohl möge die Staatsanwaltschaft dies nicht, wie es gelte, als Schmäbung auffassen. Es lasse sich annehmen, daß alle drei Faktoren, die in diesem Prozesse fungirten, daß der hohe Gerichtshof, daß die Staatsanwaltschaft und die Verteidigung von gleich pflichtmäßigem Ernste ausgingen. Der Verteidigung sei ihre Stellung durch das positive Gesetz vorgeschrieben. Die Gerichtsordnung sage: Die Verteidigung solle die Sache ihrer Klienten mit Treue, Sorgfalt und unverrückbarer Aufmerksamkeit wahrnehmen und sich darin nicht durch Menschenfurcht oder andere Rücksichten beirren lassen; daß sei in der That die Tendenz, von der die Verteidigung ausgehe und sie werde das, was ihres Amtes sei, zuverlässig, ohne Menschenfurcht oder andere Nebenrücksichten ausüben. Es sei nun wohl anzunehmen, daß alle drei Faktoren sich freuen würden, wenn aus dem gegenwärtigen Prozesse das Resultat hervorginge, auf das man hoffe, nämlich die Freisprechung. Dann würde unserem Staate die Genußthum zu Theil werden, daß wir anstatt 133 Hochverräter eben so viel ehrenwerthe Männer hier sitzen sehen, die sich wohl gegen die Polizeigeheisse vergangen haben mögen, nimmermehr aber gegen den Staat selbst.

Der Verteidiger weist demnach in eingehender Weise nach, daß die Anklage gegen Mrowinski nicht erwiesen sei, daß aber, selbst wenn der Beweis geführt wäre, dennoch kein Hochverrath vorliege. Er verweist jedoch hier besonders den Dolus specialis gegen den Angeklagten und schließt seine Rede mit der Bemerkung, daß der ewige Refrain der Verteidigung der Antrag auf Freisprechung aller Angeklagten sein müsse.

Nach einer kurzen Replik des Ober-Staats-Anwalts und des Verteidigers ergreift der Angeklagte Mrowinski das Wort, um auf das Feierlichste zu erklären, daß er niemals die Absicht gehabt habe, dem preussischen Staate feindlich entgegenzutreten. Gegen ihn sei nichts von einer revolutionären Thätigkeit erwiesen; er sei den Behörden sehr wenig bekannt gewesen. Er habe die Traditionen seiner Väter stets heilig gehalten, aber bei der Achtung, für deutsche Tugend nie die Abneigung gegen diejenigen bekämpfen können, welche es sich zur Aufgabe gemacht haben, Mißverständnisse zwischen beiden Nationalitäten zu erregen. Diese Abneigung werde jedoch den Gedanken nicht aufkommen lassen, daß er den Eid, den er dem preussischen Fürsten geschworen, gebrochen habe. Er habe getrost der Entscheidung entgegen, indem er die feste Ueberzeugung habe, daß das goldene Zeitalter der preussischen Gerechtigkeit noch nicht vorüber sei und daß dasselbe noch sehr lange dauern werde.

b) Literat Joseph von Borawski aus Posen.

Nach einer kurzen Vorbemerkung gegen eine Bemerkung des Rechtsanwalts Lent begründet Staatsanwalt Mittelstädt die Anklage. Er spricht zunächst über die Haltung des „Dziennik polanski“, dessen Mitredakteur der Angeklagte gewesen, die nicht immer eine loyale war, und verweist auf die große Zahl von Verurtheilungen dieses Blattes. Dasselbe sei Organ der national-polnischen Partei, von dieser Partei begründet und habe die Bestrebungen derselben stets unterstützt. Der Angeklagte soll nach Notizen in der Brieftasche des Grafen Dzialynski verschiedene Aufträge zur Unterstützung des Aufstandes ausgeführt und Zuzügler angeworben worden. Der Staatsanwalt hält die Anklage aufrecht, behauptet, daß der Angeklagte in fortgesetztem Verkehr mit Graf Dzialynski gestanden und Waffengeschäfte u. s. w. für den Aufstand vermittelt habe. Hierdurch, so behauptet die Staatsanwaltschaft, habe er die Thätigkeit des Posener Komite's unterstützt und folgere den Dolus des Angeklagten aus der ganzen Persönlichkeit desselben, der in Posen eine solche Stellung eingenommen habe, daß ihm die Bestrebungen des Komite's bekannt sein mußten. Der Staatsanwalt erachtet in dessen Thätigkeit des Angeklagten ebenfalls als eine nicht wesentliche Theilnahme am Hochverrathe und beantragt sechs Jahre Zuchthaus und Stellung unter polizeilicher Aufsicht auf dieselbe Dauer gegen den Angeklagten.

Rechtsanwalt Lewald ergreift Namens der Gesamt-Verteidigung das Wort, um eine an die Advokatur gerichtete Bemerkung des Staatsanwalts Mittelstädt zurückzuweisen. Er habe dabei bemerkt, daß die Staatsanwaltschaft sich Ausdrücke gegen die Advokatur erlaubt habe, welche nicht angewendet werden sollten. Nicht von Seiten der Advokatur, sondern von einem Manne, der eine andere Stellung einnehme, sei der Staatsanwaltschaft gesagt, daß sie nie mit einer loyaleren Verteidigung würde zu thun haben. Das Amt deke nicht immer die Person; der Vertreter des Ober-Staatsanwalts stehe ergrauten Männern gegenüber, und habe keine Berech-

tigung, auf die Advokatur zurückzugreifen. — Staatsanwalt Mittelstädt: Der Herr Verteidiger scheine ihn nicht gehört zu haben. Eine andere Antwort habe er nicht. — Rechtsanwalt Lent: Diese Antwort veranlasse ihn noch zu einer Bemerkung. Xenokrates sagte einmal: ich habe tausendmal bereut, daß ich gesprochen habe, noch niemals, wenn ich geschwiegen habe. Deshalb schweige ich.

Der Staatsanwalt habe die Anziehungen aus Cicero angefochten; ob nach so vielen Jahrhunderten, wie seit Cicero vergangen, die gegenwärtige Anklage zum Gegenstand eines Studiums gemacht werden dürfe, stehe dahin, gewiß aber nicht nach der Richtung hin, nach der man den großen Römer zu studiren pflege. Was die Ausfälle gegen die Advokatur anbetreffe, so seien sie derartig, daß man schlechterdings kein Wort darauf zu erwidern brauche.

Demnach geht der Verteidiger über zur Widerlegung der Anklage gegen v. Borawski.

Er verweist darauf, daß sowohl das gesprochene, wie geschriebene Wort des Angeklagten der Annahme widerspreche, daß er etwas Feindliches gegen Preußen beabsichtigt habe. Alle Artikel, welche derselbe vor der Hausung geschrieben, lieferten den Beweis, daß das Bestreben dahin gerichtet gewesen, die tyrannische Herrschaft der Moskowiten zu brechen, und daß er entschieden gegen Mikroslawski Partei genommen. Es sei ein trauriges Zeichen, wie weit die Anklage und die Verteidigung verchieden sei. Er erinnere an ein Wort Göthe's, aus dem sich vielleicht die Auffassung der Staatsanwaltschaft erkläre. Göthe sage in seiner Iphigenie: „Ein Mann, der beste selbst, gewöhnt seinen Geist an Grausamkeit und macht sich zuletzt aus dem, was er verabsieht, ein Gefeg.“ Er beantrage Freisprechung des Angeklagten.

Der Staatsanwalt bemerkt noch, daß er die Verteidigung in keiner Weise persönlich angegriffen habe, daß man ihm selbst aber so persönlich entgegengetreten sei, um ihn befürchten zu lassen, daß man ihm zuletzt noch seinen Tauschein und seine Anciennetätsliste vorlegen werde. — Der Angeklagte v. Borawski erklärt: Er wiederhole nur, was er schon früher gesagt habe, daß er keine feindlichen Tendenzen gegen Preußen verfolgt und sich in keiner Weise eines Hochverrathe schuldig gemacht habe.

Schluß der Sitzung 3 Uhr. Nächste Sitzung morgen (Mittwoch) 9 1/2 Uhr.

### Bermischtes.

\* Berlin, 21. November. Bei der am Sonnabend fortgesetzten Ziehung der Schleswig-holsteinischen Lotterie sind die folgenden Hauptgewinne auf die folgenden Loosnummern gefallen. Hauptgewinn Nr. 1 (ein Silberservice) auf Nr. 33,077, Nr. 2 (ein Silberservice) auf Nr. 27,505, Nr. 3 (ein Silberservice) auf Nr. 39,233, Nr. 4 (ein Beckstein'scher Flügel) auf Nr. 16,170. — Bei der heute fortgesetzten Ziehung sind, wie man vernimmt, beträchtlichere Gewinne auf die folgenden Loosnummern: 2052, 2785, 6548, 12,457, 12,622, 18,559, 24,252, 32,426, 35,279, 35,640, 41,263, 42,060, 44,853 gefallen.

\* Berlin, 23. Novbr. Bei der heute fortgesetzten und beendigten Ziehung der Lotterie zum Besten der hinterbliebenen Familien der in Schleswig-holstein gefallenen preussischen Krieger sind, wie man erfährt, beträchtlichere Gewinne auf die nachstehend angegebenen Loosnummern gefallen: 1624, 14,390, 16,360, 16,730, 24,109, 32,222. Die Gesamtliste der Gewinne wird, dem Vernehmen nach, nunnmehr baldigst veröffentlicht werden.

\* [Müller's Schneiderschere.] In einem Briefe an die „Times“ macht Dr. Francis Toulmin darauf aufmerksam, daß Franz Müller mit seiner 13 oder 14 Zoll langen Schere, die er des Abends aus seiner Werkstelle in seiner Tasche mit nach Hause nahm, den Mord recht gut vollzogen haben könne. Müller's Schneiderschere, die in seiner Riste gefunden wurde, ist 2 Pfund schwer, und die beiden Griffe sind von ungleicher Größe; der kleinste hat nur etwas über einen Zoll im Durchmesser, der größte 3 1/2 Zoll. Dr. Toulmin erklärt, von den Wunden an dem Kopfe des Herrn Briggs sei die obere 3/4 Zoll, die andere 3 Zoll lang gewesen und beide Wunden hätten mit einem Schlage der Schere, die Müller am unteren Ende ergriffen, versetzt werden können. Eine solche Schere sei das einzige Instrument, wodurch sich diese Wunden erklären ließen.

\* Paris, 18. Nov. Aus einem Berichte über den Stand der Arbeiten im Mont-Cenis-Tunnel geht hervor, daß zu beiden Seiten sowohl bei Bordenache als bei Modana bis zum 1. Nov. 4000 Meter tief gebohrt war.

\* Es gehen der „Patrie“ Nachrichten aus Rio-Janeiro vom 24. Oktober zu, welche melden, daß die Stadt von einem sehr heftigen Orkan heimgesucht worden war, der dem Handel bedeutenden Schaden zugefügt hat.

\* Der durch seine gediegenen wissenschaftlichen Artikel in der „Gartenlaube“ rühmlichst bekannte

### Herr Professor Dr. Bock in Leipzig

stellt den erfahrungsgemäßen Grundsatz auf, daß durch Mangel an Eisen im menschlichen Körper eine große Zahl von Krankheiten entstehen, als da sind: krankes und ungesundes Aussehen, allgemeine Körper-schwäche, Siedthum, Bleichsucht, Gelbsucht, Melancholie, Hypochondrie, Nerven-schwäche, völlige Entkräftung u. s. w.; die leicht gehoben werden können, wenn dem Blute das fehlende Eisen auf künstliche Weise zugeführt wird.

Ein solches und zugleich angenehmes Mittel hierfür, welches namentlich dem weiblichen Geschlechte zuzugewandt wird, bietet die unter ärztlicher Leitung von dem Bonbon- und Schokoladenfabrikanten Herrn Franz Schulz, Südenstr. 10 hier selbst, bereitete **Eisen-Schokolade**, mit der seit der kurzen Zeit ihres Bestehens laut zahlreicher Dankschreiben bereits die glücklichsten Erfolge erzielt worden sind.

Um ihre Vortrefflichkeit jedoch noch ganz besonders zu konstatiren, lassen wir hier ein an den Fabrikanten gerichtetes Schreiben folgen, welches ein specielles Urtheil des Herrn Professors Dr. Bock über die Franz Schulz'sche Eisen-Schokolade enthält:

„Leipzig, den 3. September 1864.“

„Von Herrn Professor Dr. Bock hier wurde ich heute auf Ihre Eisen-Schokolade aufmerksam gemacht und mir empfohlen, den Debit derselben für hiesigen Platz zu übernehmen.“

„Ich hoffe, daß Sie mein Ersuchen recht bald berücksichtigen werden und bemerke noch, daß mich

**Herr Professor Dr. Bock** ermächtigt hat, Ihnen mitzutheilen, daß er Ihr Präparat geprüft und sehr empfehlenswerth gefunden habe.

Z. Krage, Nachfolger.

An Herrn Franz Schulz in Berlin, Südenstr. 10.

Alleinige Niederlage für Posen bei Herrn **Herrmann Moegelin**, Bergstr. Nr. 9.

### Angewandte Fremde.

Vom 23. November.

**HOTEL DU NORD.** Frau Apotheker Nothe aus Traustadt, die Probstei Kunze aus Koblowo und Mikstewicz aus Odra, die Gutsbesitzer Starnowski aus Sopotowo, Frau Wiegand aus Entowo, Rosjanski aus Janowo und Frau Wilkowska aus Siedlitz, Rentier Reichmann aus Bromberg.

**OEHMIG'S HOTEL DE FRANCE.** Die Rittergutsbesitzer v. Heinsdorf aus Saalfeld, Frau v. Wilczynska aus Wapcz und Gräfin Mielskowska aus Miloslaw, Gutsbesitzer Walligorski aus Roskowowo, die Kaufleute Braun aus Regnitz, Müller aus Berlin und Heinrichs aus Karlsruhe.

**MYLIUS' HOTEL DE DRESDE.** Baupinspektor Siegert aus Breslau, Oberamtmann Geppert aus Wistel, Fabrikant Brinkmann aus Glauchau, Gutsbesitzer Beyme aus Wilschbitten, Premierlieutenant v. Strang aus Löwenberg, die Kaufleute Seelig aus Leipzig, Fernbach aus Glogau und Baum aus Berlin, Landes-Defonomie-director Dr. Lehmann aus Nitzche, die Fabrikanten Gering aus Bremen und Klotz aus Peidersdorf, Domänenpächter Heinze nebst Frau aus Strumian, Landrath von Madai aus Kofien, die Rittergutsbesitzer Kollin nebst Frau aus Gwarzewo und Graf Findenstein aus Tarnobrzeg, Holzhandler Schwarzstovf aus Magdeburg, Generalmajor v. Wund aus Posen.

**SCHWARZ ADLER.** Gutsbesitzer Tschierfichte aus Dobieann, die Rittergutsbesitzer v. Brzeski aus Szytnil, Brzeski aus Zablowo, und v. Bagowski nebst Frau aus Kobelnik, Kaufm. Rotenberg aus Stettin.

**HOTEL DE BERLIN.** Postdirector Schwab aus Götting, Kaufmann Fend aus Bromberg, Agent Hartmann aus Bronke, die Gutsbesitzer v. Moszczanski aus Storzencin und Gebrüder v. Swiencicki aus Ruzzewo.

**HOTEL DE PARIS.** Die Pächter Dzidowski aus Wittowo und Zachimowski aus Katarzynow, Probst Sulzki aus Pon, die Gutsbesitzer Baranowski aus Gwiazdowo, Sulzki und die Inspektoren Sulzki aus Sopotowo, Leuzner aus Babin und Wlaszowski aus Wreschen.

**KEILER'S HOTEL ZUM ENGLISCHEN HOF.** Die Kaufleute Carl und Hennig aus Berlin, Wich aus Götting, Hirschbach aus Glogau, Baun aus Schrimm und Frau Landeb nebst Tochter aus Wogrowitz.

**EICHENER BORN.** Die Kaufleute Salomon nebst Sohn aus Schotten und Wienthal nebst Sohn aus Budzyn, Handelsmann Bernin aus Dobrycha, Bürger Jesse nebst Frau aus Popowo.

## Inserate und Börsen-Nachrichten.

**Bekanntmachung.**  
Freitag den 25. Novbr. 1864  
Vormittags 10 Uhr  
soll eine Quantität Roggenkleie u. s. w. in dem hiesigen königlichen Magazine öffentlich an den Meistbietenden gegen sofortige baare Bezahlung verkauft werden.  
Posen, den 18. November 1864.  
Königliches Proviantamt.

**Bekanntmachung.**  
Die Einquartierung wird voraussichtlich in nächster Zeit bis mindestens um die Hälfte über die normale Zahl vermehrt werden. Wir fordern die Eigentümer einquartierungspflichtiger Grundstücke auf, für die vermehrte Einquartierung rechtzeitig vorchriftsmäßiges Quartier zu beschaffen.  
Posen, den 21. November 1864.  
Der Magistrat.

**Bekanntmachung.**  
In der Hermann Kreb'schen Konkurs-sache ist der Agent Heinrich Rosenthal zum definitiven Verwalter der Konkursmasse bestellt worden.  
Posen, den 12. November 1864.  
Königliches Kreisgericht.  
Abtheilung für Civilsachen.

An der hiesigen neugegründeten katholischen Stadtschule soll ein **Rektor**, welcher zugleich das Organisationsamt an der hiesigen katholischen Pfarrkirche zu übernehmen, den Unterricht zu leiten im Stande und der polnischen Sprache mächtig ist, mit einem Gehalte von 400 Thlr. sofort antritt. Bewerber, welche pro rectoratu geprüft, werden aufgefordert, ihre Zeugnisse und ihren Lebenslauf bis zum 1. Januar a. f. bei dem Unterrichtsamt einzureichen.

und müssen sich auch verpflichten, auf Erfordern eine Probelektion abzuhalten.  
Berent in Westpreußen, 20. Nov. 1864.  
Die katholische Schul-Kommission.  
J. Sawicki, Kaufmann,  
Vorsitzender.

Ein direkt aus Mecklenburg bezogener Remboullet-Bock 3 1/4 Jahre alt, 166 Pfd. schwer und 10 bis 11 Wd. Wollschere, die in diesem Jahre mit 70 Thlr. bezahlt wurde, steht (zu einem mäßigen Preise) zum Verkauf auf dem Dom. **Bliznyce bei Schotten.** Der Bock ist in diesem Herbst noch nicht benutzt worden.

**Bockverkauf.**  
Am 1. December werden die Preise der aus meiner Original-Regretti-Heerde zum Verkauf kommenden Böcke bestimmt sein. Auf vorherige Anmeldung sende ich bereitwilligst Führer nach dem mir zunächst liegenden Bahnhofe Augustwalde an der Stargard-Posener Bahn oder nach Friedeberg an der Königl. Ostbahn.  
Schönrade bei Friedeberg in der Neumark, den 20. November 1864.  
W. L. v. Wedemeyer.

**Neusilber- und Stahlwaaren-Auktion.**

Freitag den 25. November c. Vormittags von 9 Uhr und Nachmittags von 2 Uhr ab werde ich in dem Auktionslokale Magazinstrasse Nr. 1.  
Feine Patentmesser, Tafelmesser u. s. w., Desertmesser, Federmesser mit Photographien, Rast-, Klee-, Taschen- und Federmesser, Scheeren u. s. w., große neusilberne Suppenlöffel mit innerer Vergoldung, Eß- und

Theelöffel u. s. w., von jedem der Gegenstände circa 100 Duzend, öffentlich meistbietend gegen gleich baare Zahlung versteigern.  
Rychlewski, Auktionskommissarius.  
Das Grundstück Fischerei Nr. 29 ist zu verkaufen.

Dr. Eduard Meyer in Berlin, Kronenstraße 17, wird fortfahren, Auswärtige brieflich zu behandeln, die ihre durch geschlechtliche Ursachen jeder Art geschwächte Gesundheit bald und dauernd wieder befestigen wollen.

Dem hochgeehrten Publikum beehre ich mich ganz ergebenst anzuzeigen, daß ich meine hiesig selbst neuerbaute Brauerei eröffnet habe und daß Jungbier in Tonnen resp. quartweise allwöchentlich jeden Dienstag und Donnerstag verabfolgt wird. Hierbei erlaube ich mir, ergebenst um geneigten Aufpruch zu bitten.  
Kosten, den 20. November 1864.  
Jordan, Brauereibesitzer.

Um dem verehrten Publikum Gelegenheit zu bieten, ihre Weihnachts-Geschenke um mindestens 20 Procent billiger einzukaufen zu können, habe ich sämtliche Artikel meines Lagers im Preise bedeutend herabgesetzt, und empfehle daher in größter Auswahl:

Damen-Mäntel und Paletots, Double- und Plüsch-Jacken, Shawls und Umhangstücher, Kleiderstoffe in Wolle u. s. w., Schwarze Taffets, Planelle, weiß und couleurt, Tuche in schwarz u. couleurt, Nipps- und Tuch-Tischdecken, Sopha-Teppiche und Bettkarpats, Steppdecken,

Bei Einkäufen von 20 Thlrn. an gewähre ich 4 Procent Rabatt.

**S. H. Korach, Wasserstr. 30.**  
(Beilage.)

Keine Harzer Kanarienvögel! aber dennoch ganz vorzüglich. Schläger, selbst gezogen, sind 4 bis 6 St. St. Mart. im Keller b. **Jacobi** zu verkaufen.

Milch von einem Domitium wird zu pachten gewünscht. Abreisen gefälligst abzugeben beim Kunst- und Handelsgärtner **Heinrich Mayer**, Königsstr. Nr. 15. a.

**60,000 Stück Drainröhren**  
und zwar 2zöllige, 1 1/2zöllige und 1zöllige verkauft das Domitium **Dusznik**.  
Weiß- u. Buchstab-Druckereien werden sein u. sauber verfertigt. Schützenstr. 21. 3 Tr. b.  
Tuch- und Filzhüte für Damen modernisiert **P. Hahn**, St. Martin 78.

!!! Weihnachts-Geschenke!!!  
Um dem verehrten Publikum Gelegenheit zu bieten, ihre Weihnachts-Geschenke um mindestens 20 Procent billiger einzukaufen zu können, habe ich sämtliche Artikel meines Lagers im Preise bedeutend herabgesetzt, und empfehle daher in größter Auswahl:

Weißes Leinwand in Schößen und ellenweise, Bettdecken und Inletts, Schirtings in allen Breiten, Piqués und Barchents, Gardinen und Möbelstoffe, Wolls- und Wollstoffe, Bettdecken, Handtücher, Tischtücher und Servietten,

Holländische Gesundheits-Hemden, Wollene Kamisole für Herren und Damen, Unterjacken und Unterhosen, Strümpfe für Herren und Damen, Halstücher in Wolle und Seide, Taschentücher in Seide, Leinen u. Baumwolle, Oberhemden in Keinen, Schirting u. Wolle, Reife-Mäids.

Bei Einkäufen von 20 Thlrn. an gewähre ich 4 Procent Rabatt.

**S. H. Korach, Wasserstr. 30.**  
(Beilage.)

**Mäntel,**  
Paletots, Beduinen, Röder, Pelzbezüge, Jacken, Blusen u. s. w. in den neuesten Façons und solidesten Preisen.

**Robert Schmidt**  
vorm. Anton Schmidt,  
Posen,  
**Markt Nr. 63.**







